Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 18. Sonnabend, den 4. Mai 1912. 16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Arbeitswilligen. — Warum wurde der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bei den Tarifverhandlungen im Steinbruchgebiet zu Mayen und Umgegend ausgeschaltet? — Aus dem Streikgebiet Röcknitz-Wurzen-Grimma. — Die Bayrische Gewerbeschau 1912 in München. — Tarifverträge bei Staatsarbeiten. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Das Zeugnis des gewerblichen Arbeiters. — Neue Gewerkschaftsstrategie. — Einfuhrzölle für Steinprodukte in Holland. — Eine Interpellation im bayrischen Landtage, betreffend Verwendung von Granit. — Steinausschreibungen. — Literarisches. — Feuilleton: Zur Eröffnung des Leipziger Hauptbahnhofes.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gesperrt sind: Lichtenberg b. Berlin: Mühlsteinfabrik Goltdammer. — Gera: Granitwerk Korb & Töpelmann. — Königslutter: Norddeutsche Kalkindustrie. — Blankenburg: Alle Firmen. — Trebnitz (Schlesien): Firma Kraus. — Darmstadt: Die Firma Ludwig Best und der Unterakkordant Wilh. Rieseck von Braunshardt. — Höchst a. M.: Fa. Georg Horn. — Dresden: Keil & Comp. — Obernburg: Firma Arnold & Söhne. — Magdeburg: Firma Furcht. — Hartmannsdorf: Firma Hoffmann.

Meißen II. In den hiesigen Pflastersteinbrüchen kam „erstmalig" ein Tarif zum Abschluß. Es kommen 150 Arbeiter in Frage.

Mainz. Der Streik in der Kunststeinfabrik E. Zehrlaut hat sich durch Vertragsabschluß zugunsten der Steinmetzen erledigt; erreicht wurde eine Lohnaufbesserung von 5 Pfg. pro Stunde.

Kalthaus-Groß-Rosen (Schlesien). Für ca. 300 Pflastersteinmacher der Firma Schall und den Posener Provinzialwerken haben die Tarifverhandlungen in der letzten Woche begonnen. Weitere Verhandlungen finden demnächst statt.

Potsdam-Berlin. Die langwierigen Tarifverhandlungen für die Sandsteinarbeiter endeten mit einer sofort eintretenden Erhöhung des Stundenlohnes von 68 auf 73 Pfg. und einer weiteren Erhöhung am 1. April 1913 auf 75 Pfg. Auf Bauten wird im ersten Jahre 75, im zweiten Jahre der Tarifdauer 80 Pfg. gezahlt. Außerdem wurde der Schrifthauerlohn in weißem Marmor von 6 auf 8 Pfg. pro Buchstaben erhöht.

Lohmen (Elbe). Die Lohnbewegung im Granitwerk Auerswald konnte für die Kollegen günstig beendet werden.

Posen. Unsere Forderungen wurden von sechs Arbeitgebern unterzeichnet. Der Stundenlohn wurde von 55 auf 60 Pfg. erhöht, bei Akkord kommt der neue Bunzlauer Tarif in Betracht. Aber es sind noch vier Geschäfte am Orte, die absolut nicht unterschreiben wollen. Es sind dies die Firmen: Michalski & Comp., Rzeszewski, Weinstock und Rosenthal.

Roth bei Nürnberg. Mit der Firma Neupert wurde ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen und eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde erzielt. Die übrigen Verbesserungen entsprechen denselben Abmachungen wie bei der Firma Wieser.

Heidingsfeld. Die Firma Kemmer & Adelmann mutete den Kollegen zu, Quaderarbeiten unter Tarif anzufertigen. Kein Kollege darf Arbeit bei dieser Firma nehmen, ohne nicht die Zusage erhalten zu haben, daß die Tariflöhne bezahlt werden.

Röcknitz, Hohburg, Collmen, Wurzen und Grimma. Im hiesigen Pflastersteinbruchgebiet stehen 700 Personen im Streik (630 Arbeiter und 70 Frauen). Die Firmen Busse, Röcknitzer Porphyr-Aktiengesellschaft und Zachmann lehnten jede Verhandlung brüsk ab. Die Firmen wollen auch in Zukunft das „wilde" Akkordsystem aufrecht erhalten. Als Gauleiter Steininger mit den polnischen Arbeitswilligen eine Unterredung pflegen wollte, wurde er vom Wiegemeister Schramm und dem Direktor Lutzny mißhandelt und zu Boden geschlagen. — Lutzny will aus dem Rheinländischen Pflastersteinbossierer anwerben. (Siehe Bericht.)

Neundorf. Die Tarifbewegung für die Brecher des Sandsteingebiets hat sich für unsere Mitglieder günstig erledigt.

Detzeln, Amt Waldshut (Baden). Die Sperre über den Betrieb der Pflastersteinfirma R. Minner bleibt bestehen. Es sind Verhandlungen mit einer neuen Firma im Gange, die den Betrieb übernehmen will.

Stuttgart. Die Verhandlungen mit den Grabsteinfirmen führten zu keinem Resultat; die Arbeit ruht seit Mittwoch allgemein. Auch mit den Marmorgeschäften ist eine Verständigung noch nicht zustande gekommen.

Nordendorf. Die Lohnverhandlungen sind gescheitert; 31 Kollegen haben die Kündigung eingereicht.

Königshain. Die Granitarbeiter haben eine Tarifvorlage eingereicht.

Jena. Die Unternehmer haben den Tarif gekündigt. Unterhandlungen haben stattgefunden. Eine Einigung aber wurde nicht erzielt.

Reinheim (Odenwald). Die Unterhandlungen mit der Firma Frohmann & Comp. sind gescheitert. Sämtliche Steinmetzen, Steinschleifer und Hilfsarbeiter haben ihre Kündigung eingereicht. Herr Frohmann weigert sich, für die Maschinenschleifer die zehnstündige Arbeitszeit anzuerkennen.

Deggendorf. Die Tarifverhandlungen für die Granitarbeiter des bayrischen Waldes sind am 29. April wieder aufgenommen worden.

Bremke. Hier wurde bei der Firma Lüdecke ein Lohntarif abgeschlossen. Stundenlohn 1912: 53, 1913: 55 Pfg.

Schweiz. Nach St. Margrethen ist Zuzug streng fernzuhalten.

In **Oesterreich-Ungarn** sind gesperrt: Teplitz, Stanislau, Wien, Krems (Firma Müller), Wiestal bei Oberalm, Oplotnitz (Granitwerk Ceslak), Kainach (Marmorbrüche Firma Grein), Budapest (Melocco, Walla A. G., Walla jr.), Temesvar (Georg Kapfer), Preßburg: Tarifbewegung, die Unternehmer suchen Arbeiter in Oesterreich.

Die Arbeitswilligen.

Die Arbeitswilligen! Ein stets dankbares Thema, obwohl das Objekt einer solchen Besprechung ein nicht gerade anziehendes und angenehmes ist. Doch immerhin aktuell vor allem angesichts der großen Gerichtstragödie in einigen tausend einzelnen Akten, die sich im deutschen Ruhrbecken nach Beendigung des westfälischen Bergarbeiterstreiks abgespielt und noch abspielt. Denn im Vordergrunde dieses gewaltigen sozialen Gerichtsdramas steht er, der gelbe oder christliche Arbeitswillige. Um ihn ein solcher Aufwand von Justiz, um ihn Tausende von Tagen Gefängnis, Not und Entbehrung, und zwar nur, weil in vielen Fällen das Kind beim rechten Namen genannt worden ist.

Einen Arbeiter, der einen Streik bricht, darf man im „freien" Deutschland nicht Streikbrecher nennen. So verlangt es die stolze Göttin Justitia mit den verbundenen Augen, in der einen Hand die Wage und in der andern das blanke Schwert der Gerechtigkeit. Sie verlangt es. Warum wohl? Geschieht es deshalb, weil die Worte Streikbrecher und Verbrecher einen recht unangnehmen Gleichklang haben? Möglich, daß Frau Justitia das als Argument hernimmt. Ob es logisch richtig ist, das ist eine andre Frage. Denn wer bei einem von seinen Arbeitsbrüdern proklamierten Streik nicht mitmacht und den Streik bricht, der ist eben Streikbrecher. Das sagt uns unsre Arbeiterlogik. Und vor nicht langer Zeit — es ist just erst rund sechs Jahre her — da erklärte vor einem Schöffengericht der heiligen Bischofsstadt Köln (die heute einen allerdings recht bedenklichen Stich ins Rote bekommen hat) anläßlich einer Klage wegen angeblicher Beleidigung durch die Bezeichnung „Streikbrecher" der Präsident dieses hohen Gerichts: „Wer zu den durch den Streik berührten Arbeitern gehört und nicht mitstreikt, der ist doch Streikbrecher!" Und ein Schöffe desselben Gerichts unterstrich diese logische Folgerung durch den Ausspruch: „Selbstverständlich, die nicht mitstreiken, sind alle Streikbrecher . . ."

Das ist, wie gesagt, jetzt rund sechs Jahre her. Heute weht ein andrer Wind. Man hat ja in staatserhaltenden Kreisen schon längst eine „bessere" Bezeichnung für die Streikbrecher ausgeknobelt. „Arbeitswillige!" Das klingt doch viel lieblicher und artiger als das rauhe „Streikbrecher!" Also wagt es nicht, einen Arbeitswilligen schief anzusehen oder ihn gar Streikbrecher zu nennen! Das Auge des Gesetzes wacht und die unerbittliche Justitia packt in gerechtem Zorn den Uebeltäter beim Aufrührerschopfe, und er bekommt auf Monate hinaus Muße, hinter dicken Gefängnismauern über seine Vermessenheit und Verworfenheit ernstlich nachzudenken . . . .

Trotz all dieser besonderen Fürsorge durch Staatsgewalt und Rechtsprechung hält man aber in der honetten Gesellschaft die unschuldsvollen Arbeitswilligen immer noch für die schutzlosesten Geschöpfe der Welt. Man schreit nach Ausnahmegesetzen gegen den „Terrorismus" der bösen Streiker und zum größeren Schutze der netten Arbeitswilligen. Die ebenso scharfe wie trockene Guillotine des gemeinen Rechts genügt diesen Herrschaften nicht. Sie schreien sich ihre Kehlen heiser nach schärferen Gesetzen zur Bestrafung des Terrorismus und zum Schutze der auserkorenen Lieblinge des Unternehmertums, der Arbeitswilligen!

Den Terrorismus sagt man und das Streikrecht der Arbeiter meint man. Der Streik, diese schneidige Waffe des Proletariats zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen, ist den Unternehmern schon längst ein böser Dorn im Auge. Deshalb zetern sie auch über den „Terrorismus" der Arbeiter und fordern vom Staat den verstärkten Schutz der Arbeitswilligen in der Hoffnung, daß dann die Streikwaffe der Arbeiter schartig und unbrauchbar gemacht werden kann . . . .

Wir sind nun so verstockt, gar nicht einmal abzuleugnen, daß Fälle von Terrorismus auch hin und wieder in der Arbeiterbewegung unterlaufen. Sie sind Verfehlungen einzelner und vor allem auch erklärlich. Man denke sich in die Situation hinein. Die Arbeiter eines Orts stehen zur gewerkschaftlichen Organisation und bringen für sie materielle Opfer, um sie dadurch immer mächtiger und widerstandsfähiger zu gestalten. Ein Teil Arbeiter aber steht aus purem und falsch angewandtem Eigennutz abseits und will davon nichts wissen. Es kommt zum Streik, und nun setzt dieser Teil der Arbeiter seinem bisherigen gewerkschaftlichen Indifferentismus die Judaskrone auf, fällt den Arbeitskameraden in den Rücken und degradiert sich zum Verräter an der eignen Klasse, zum Streikbrecher. Auf der andern Seite aber kämpfen die Arbeiter um eine bescheidene Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage und legen sich dabei die erdenklichsten Opfer und Entbehrungen auf. Ist es da ein Wunder, wenn dann der Aerger emporwächst und sich in unwirschen Worten gegenüber solchen Zertretern der Arbeitersolidarität Luft macht? Oder wenn es unter dem provozierenden Einfluß der bewaffneten Macht, die den Arbeitswilligen als besonderer Schutz beigesellt wird, etwa gar einmal zu einer bedauerlichen Ausschreitung kommt?

Das aber ist dann für die Besitzenden ein gefundenes Fressen. Man zetert über „unerhörten Terrorismus", schreit nach der Göttin Justitia und nach Ausnahmegesetzen und verlangt verstärkten Schutz der mit Revolvern, Gummischläuchen und Schlagringen ausstaffierten Unschuldslämmer, der lieben Arbeitswilligen. Im Grunde aber sind all die fadenscheinigen Argumente nur ein Vorwand, um dem verhaßten Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter auf den Leib zu rücken . . . .

Uebrigens sollten die im Glashause sitzenden Unternehmer nicht mit Steinen nach den Arbeitern werfen. Denn gerade in den Reihen des Unternehmertums finden wir den wirklichen, zielbewußten und strammorganisierten Terrorismus! Ist z. B. die Materialsperre, die von Unternehmerorganisationen oftmals und offiziell widerborstigen Unternehmern gegenüber zur Anwendung gebracht wird, nicht Terrorismus im vollsten Sinne des Worts? Ueben Trusts und Syndikate nicht oftmals den größten Druck auf die Außenseiter aus und suchen sie sie nicht mit allen möglichen Mitteln unschädlich zu machen oder in ihre Organisation hineinzuzwingen?

So etwas aber findet man auf jener Seite ganz in der Ordnung. Und kein honettes und brav denkendes Mitglied der besitzenden Klassen regt sich besonders darüber auf. Wagen aber Arbeiter auch nur den gelindesten Druck auf die Außenseiter ihrer proletarischen Organisationen auszuüben und machen sie einmal den Lieblingen des Unternehmertums, den Arbeitswilligen, gegenüber ihrem Unmut in drastischen Worten Luft, dann hallt der bürgerliche Blätterwald von heller Entrüstung wider, und dieselbe honette bürgerliche Gesellschaft kreischt in den höchsten Diskanttönen über den „unerhörten" und geradezu „gemeingefährlichen" Terrorismus der Arbeiterschaft . . . .

Ach, geht uns ab mit eurer Heuchelei, mit eurer bürgerlichen Moral mit doppeltem Boden! Man spricht so viel von der menschlichen Ehre, und im Lager der Besitzenden soll ja die Ehre in ganz besonders hohem Kurs stehen. Man hält es dort drüben für ganz selbstverständlich und ehrenhaft, daß jeder sich den in dieser Klasse herrschenden Anschauungen unterwirft und die Standes- und Berufsehre respektiert. Das gleiche aber dem Arbeiterstande zuzugestehen, daran denkt man nicht im Traume! Wer sich hier mit den Standesgenossen solidarisch erklärt, der ist, wenn sich diese Solidarität gegen das geheiligte Privileg der Besitzenden richtet, ein schlechter Kerl, ein Rebell und Staatsumstürzler. Und wer von den Arbeitern sich besagter Solidaritätskundgebung nicht anschließt und damit den eignen Standesgenossen in den Rücken fällt, deren und damit auch seine eignen Interessen mit Füßen tritt und sich damit zum Verräter seiner eignen Klasse, seines eignen Standes prostituiert, der ist nicht etwa ein verächtlicher Mensch, sondern er soll noch obendrein den besonderen Schutz und die ganz besondere Achtung jener Gesellschaftsklassen genießen, die so viel auf die Standesehre und die Solidarität in den eignen Reihen halten!

Diese widersinnige Moral mit doppeltem Boden versteht die Arbeiterschaft nicht. Und sie hat kürzlich im Münchner „Simplizissimus", einem Blatte, das den Schwarzen und Mammonsdienern oft recht unverhohlen die Wahrheit zeigt, ihre drastische Abfertigung in folgendem Vers erhalten:

Im Kriege zwar, den Fürsten führen,
Erschießt man jeden Deserteur,
Und keiner fühlt ein menschlich Rühren
Und gibt dem Lumpenhund Gehör.
Doch wer im Kampf ums Brot den Brüdern
Heimtückisch in den Rücken fällt,
Gilt bei den Frommen und den Biedern
Als Staatserretter und als Held.

Das ist die Moral der besitzenden Klassen. Sie deckt sich mit jenem denkwürdigem Ausspruch aus staatserhaltendem, „autoritativem" Munde, wonach „die Arbeitswilligen dem Staate ganz besonders nützliche Elemente" sein sollen. Für eine solche „Moral" aber bedankt sich die klassenbewußte und auf ihre Ehre haltende Arbeiterschaft!

Warum wurde der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bei den Tarifverhandlungen im Steinbruchgebiet zu Mayen und Umgeg. ausgeschaltet?

Ueber dieses Thema redete am Sonntag, den 21. April, in einer sehr stark besuchten Steinarbeiterversammlung in Mayen (Rheinland) der Gauleiter Ad. Herrmann aus Köln. Da die Versammlung eine öffentliche war, so waren von dem Gauleiter an den Vorsitzenden Lechner vom christlichen Keram- und Steinarbeiterverband, sowie an den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herrn Stegerwald, mittels Einschreibebrief Einladungen zu einer freien Aussprache ergangen. Wer aber nun glaubte, daß die Herren den Mut besessen hätten, um über ihr arbeiterschädigendes Verhalten in der Versammlung Rechenschaft zu geben, der irrt sich gewaltig. Herr Lechner entschuldigte sich mit einigen lendenlahmen Ausführungen, und Herr Stegerwald hatte anscheinend die Sprache verloren, denn er antwortete nicht einmal. Der Mut der Herren scheint nicht groß zu sein.

Von den Führern der christlichen Keramiker war vor dem Besuch der Versammlung gewarnt worden; aber es nützte nicht viel; denn auch eine größere Anzahl christlich organisierter Kollegen waren erschienen. Auch von der katholischen Fachabteilung waren eine Anzahl Mitglieder anwesend. Von der Gauleitung war über das Verhalten der Führer des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands ein Flugblatt erschienen, die Christlichen antworteten mit einem Gegenflugblatt, das den Beweis erbrachte, daß der Schreiber desselben nicht umsonst in München-Gladbach die Jesuitenschule besucht hat.

Ueber das gestellte Thema sprach der Gauleiter in recht ausführlicher und streng sachlicher Weise. An der Hand der zwischen den einzelnen Verbänden geführten Korrespondenz wies der Redner nach, wie hinterhältig das Vorgehen der Leitung des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands bei dieser Lohnbewegung war. Die Unternehmer waren mit der Teilnahme des Steinarbeiterverbands an den Tarifverhandlungen einverstanden, und die Leitung sowie die Mitglieder der katholischen Fachabteilung ebenfalls. Jeder gewerkschaftliche Taktiker hätte sich sagen müssen, daß bei der Tariferneuerung nur dann etwas Aufbesserung der gering festgesetzten Positionen des ablaufenden Tarifs zu erreichen sei, wenn die drei Organisationen gemeinschaftlich in der Lohnbewegung vorgingen.

Der Referent verlas dann weiter den Briefwechsel, immer länger wurden die Gesichter der anwesenden christlich organisierten Arbeiter. Anscheinend hatte die Leitung des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands vergessen, den Arbeitern mitzuteilen, welcher Briefwechsel in der Angelegenheit stattgefunden hatte. Sogar in einer sehr wichtigen Sitzung über die Neugestaltung des Tarifs vergaß ein Vorstandsmitglied den Empfang von Briefen mitzuteilen, und dabei wurden die Briefe jedesmal eingeschrieben. Erst als der betreffende Mann überführt wurde, da gab er kleinlaut zu, daß er die Briefe erhalten haben könne. Anscheinend hat er damals an Gedächtnisschwäche gelitten.

In einem Schreiben versprach der christliche Vorsitzende Lechner der freien Organisation ebenfalls die Teilnahme an den Verhandlungen, wenn der Zentralvorstand der letzteren zusicherte, daß in den Orten, wo der Steinarbeiterverband Tarifverhandlungen führe, vorhandene christliche ebenfalls zugelassen würden. **Dies Versprechen wurde in bestimmtester Weise von der Zentralleitung des Deutschen Steinarbeiterverbands dem Herrn Lechner gegeben. Trotzdem wurden die Vertreter unsres Verbands in Mayen von den Verhandlungen ausgeschlossen, und die für die Zulassung eintretenden katholischen Fachabteiler beim Bischof in Trier als Standesgenossen der Sozialdemokratie denunziert.** Der Referent ist der Meinung, daß die Leitung der Keramiker deswegen eine Vertretung des freien Verbands nicht zulassen wollte, weil sie dann vielleicht etwas Ernsthaftes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hätten unternehmen müssen. Dazu war jedenfalls der christliche Verband nicht imstande; hinzu kommt auch noch, daß er im Mayener Gebiet noch eine Anzahl Mitglieder hat, die in **14 Tagen ganze 35 Pfg.** Beitrag zahlen. **Ueberdies sind die Herren Fromm und Lechner keine Fachleute, so daß sie wahrscheinlich Furcht hatten, wenn sie mit unsern Leuten in eine Diskussion geraten wären.**

Es sei eigentümlich, sonst jammerten die Christlichen immer, wenn sie nicht zu Tarifverhandlungen zugelassen würden, und hier trieben sie den schärfsten Terrorismus. Diese Handlungsweise werden die freiorganisierten Steinarbeiter des Mayener Gebiets der Leitung des christlichen Verbands nie vergessen. Vielleicht sei der Tag nicht allzu fern, wo die Leitung des Christenverbands froh sein würde, wenn sie von der freien Organisation bei Verhandlungen zugelassen würde. In seinem Schlußworte ermahnte er die Kollegen, nun die Nutzanwendungen von den Maßnahmen der christlichen Organisationsleitung zu ziehen und rastlos am weiteren Ausbau der schon bestehenden Zahlstellen im Mayener Gebiet zu wirken. Dann würden sich die Maßnahmen der Leitung des Keramikerverbands als ein Teil von jener Kraft erweisen, die stets das Böse will, und doch das Gute schafft!

Die Ausführungen des Gauleiters fanden den stürmischen Beifall der ganzen Versammlung. In der Diskussion wurden die anwesenden Keramiker aufgefordert, sich zu den Ausführungen des Referenten zu äußern. Aber es war vergeblich. Anscheinend hatten sie eingesehen, in welch schofler Weise die Freien von den Leitern des Christenverbands ausgeschaltet wurden.

Der Vorsitzende der katholischen Fachabteilung, sowie noch andre Mitglieder derselben, die Mitglieder der Lohnkommission waren, verurteilten in der Diskussion das Verhalten der christlichen Keramiker. Auf Befragen mußten in der Versammlung selbst christlich organisierte Arbeiter zugeben, daß eine ganze Anzahl Ausführungen in der Keramarbeiterzeitung über den Vorgang bei den Tarifverhandlungen **falsch wiedergegeben** waren. Auch eine Anzahl freiorganisierter Kollegen beteiligten sich an der Diskussion. Besonders interessant war es, zu vernehmen, daß sich die Schmiede auf dem Grubenfeld geeinigt hatten, um für das Werkzeugschärfen eine Aufbesserung zu erhalten. Was will nun die Leitung des christlichen Verbands unternehmen, sie will, wie man vernimmt, eigne Schmieden errichten, um den Schmieden eine Lohnerhöhung unmöglich zu machen, und dabei soll noch eine Anzahl Schmiede im Christenverbande organisiert sein. Nach unsrer Auffassung sind die Schmiede mit ihrem Vorgehen berechtigt, denn die Leitung des christlichen Verbands hat doch im Keramikerfachblättchen erklärt, daß der neu abgeschlossene Vertrag wesentliche Verbesserungen gegenüber dem alten Vertrag gebracht hat.

Alsdann sprach der Redakteur Limbertz aus Düsseldorf unter gespanntester Aufmerksamkeit über den Verlauf und das Verhalten des christlichen Bergarbeiterverbands beim letzten Bergarbeiterstreik. Als er die Streikbruchmethode der Christlichen schilderte, da gab es eine allgemeine Bewegung in der Versammlung. Da er selbst lange Jahre Bergmann war, so konnte er recht anschaulich die schweren Gefahren des bergbaulichen Berufs schildern. Auch sein Vortrag fand stürmischen Beifall. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 21. April, im Saale des Herrn Dietrich sehr stark besuchte Versammlung erklärt zu der Lohnbewegung und dem Tarifabschluß für das Basalt-Lava-Steinbruchgebiet zu Mayen und Umgegend folgendes:

1. Sie ersieht aus dem vom Referenten, dem Gauleiter Herrmann, bekannt gegebenen Briefwechsel, daß von dem Vorsitzenden Braun der Zahlstelle Mayen, als Vertreter der Lohnkommission, und dem Gauleiter Herrmann, als Vertreter des Verbands, alles getan wurde, um mit den andern beiden Organisationsleitungen ein gemeinsames Vorgehen in der Tariffrage zu ermöglichen.

2. Mit Entrüstung ersieht die Versammlung aus dem Antwortschreiben des Vorsitzenden des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands, Herrn Lechner, daß er mit allen Mitteln versuchte, den freien Verband von den Tarifverhandlungen auszuschalten.

Diese Handlungsweise verurteilt die Versammlung auf das entschiedenste. Sie spricht der Leitung des freien Verbands auch in Zukunft das vollste Vertrauen aus, und ersucht alle freiheitlich und gerecht denkenden Kollegen, soweit sie noch dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverband angehören, zu dem freien Verbande überzutreten.

Die versammelten Berufskollegen des Mayener Gebiets geloben mit aller Kraft, für die weitere Ausbreitung des Zentralverbands der Steinarbeiter Deutschlands zu wirken.

Selbst die anwesenden christlich organisierten Kollegen stimmten **nicht** gegen die Resolution. Nach einem Schlußworte des Referenten wurde die glänzend verlaufene Versammlung mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband geschlossen.

* * *

Den Keramikern ist im Mayener Gebiet wegen ihres Verhaltens bei der Lohnbewegung ziemlich unwohl geworden. In der letzten Nummer ihres Blättchens werden aus einigen Zahlstellen dem Herrn Kail Vertrauensvoten ausgesprochen. Die Mache ist ja schön eingefädelt worden, aber dieses Vorgehen ist so durchsichtig, daß damit Herrn Kail wenig gedient sein dürfte. Die paar Zeilen, welche wir seinerzeit über die Handlungsweise der Keramiker gebracht haben, müssen sehr geschmerzt haben, weil dem Herrn Kail ein so umfangreiches „wohltuendes" Pflaster aufgelegt wurde.

Wenn die Zentrumsgewerkschaften ihrer Führer halber schon umfangreiche Inserate loslassen müssen, so geht daraus hervor, daß sich die christlichen Herren ihrer Fehler bewußt sind. — Die „Keramarbeiterzeitung" muß ihre Leser sehr naiv einschätzen. Sie schreibt nämlich, daß in Schirgiswalde (Sachsen) die Keramiker einen Tarif abgeschlossen hätten. In fünf bis sechs Wochen wäre die Sache erledigt gewesen, dagegen hätte der rote Verband in Demitz-Thumitz etwa acht Monate verhandelt.

Dabei wird verschwiegen, daß an unsrer Lohnbewegung 2400 Kollegen beteiligt waren, in Schirgiswalde kommen dagegen **etliche Männel in Betracht.** Und erst, als in Demitz-Thumitz abgeschlossen war, kamen die Zentrumsgewerkschaftler mit ihrer Miniaturlohnbewegung. — Die „Roten" hatten ja den Zentrumsgewerkschaftlern erst den nötigen Mut zur Lohnbewegung beigebracht. Das Gespreize der schwarzen Zeitung wirkt deshalb recht grotesk.

Aus dem Streikgebiet Röcknitz-Wurzen-Grimma.

Der Streik im Pflastersteinbruchgebiet Röcknitz-Wurzen-Grimma hat mit voller Wucht eingesetzt. Die Firmen, welche bestreikt werden, müssen allerdings als großkapitalistisch angesprochen werden im richtigen Sinne des Worts. In den vorgenannten Orten kamen bisher wöchentlich **700** Waggonladungen Steine zum Versand, diese Steinabfuhr ist bis auf ein Minimum reduziert. — Einige Arbeitswillige verrichten ihr löbliches Werk, aber in diesen ungeheuren Betrieben ist das ein schwacher Trost für die Röcknitzer Werke.

Unter diesen Arbeitswilligen befinden sich auch 22 Polen, die am ersten Tage des Streiks mit ausgetreten waren, aber auf Einschüchterungen durch einige Angestellte der Aktiengesellschaft am nächsten Tage wieder in den Betrieb hineinrannten **und nunmehr mit dem Knüppel bewaffnet zur Arbeitsstelle marschieren.** Auf wessen Anordnung die Bewaffnung erfolgte, wissen wir nicht, doch läßt sich das leicht erraten. Zu der Bewaffnung liegt allerdings kein Grund vor, denn die Streikenden geben dazu keine Veranlassung, sie lassen die Arbeitswilligen ruhig ihres Weges ziehen, weil sie wissen, daß diese den Streik nicht aussichtslos machen können. Diese Polen werden nun auch unter strenger Kontrolle gehalten und zwar in einer Kantine in Zwochau. Unser Gauleiter, Kollege Georg Steininger, versuchte am 24. April trotzdem an diese Leute heranzukommen. Er befand sich bei diesem Vorhaben **auf einem öffentlichen Wege, den jedermann betreten darf.** Jetzt spielte sich folgender Vorgang ab: Der Wiegemeister des Betriebs fragt Steininger nach seinem Vorhaben. Die Antwort des Gauleiters war, er habe ihn, den Wiegemeister, auch noch nicht nach seinem Vorhaben gefragt. Nun kommt Direktor Lutzny, der früher Feldwebel war, im Laufschritt heran und fragt nach dem Namen unsres Kollegen. Als dieser aber ihn in ruhiger Weise antwortete, **forderte der Direktor plötzlich die Arbeiter auf, den Mann zu arretieren.** Steininger fragt in aller Ruhe den Direktor, ob er denn dazu Vollmacht von der Polizei habe. **Da war es aber mit dem Direktor ganz alle; er forderte die Arbeiter auf, den Gauleiter zu verhauen!** Von den Arbeitern wurde kein Glied gezuckt, **nur der Wiegemeister Schramm sprang** unserm Kollegen an die Gurgel, **würgte ihn und der Direktor schlug mit seinem Stock Steininger zu Boden, und schlug solange auf den am Boden Liegenden ein, bis der Stock in Stücke sprang.** Kollege Steininger, der sein Fahrrad führte, konnte sich nicht verteidigen und wie er zu Boden geschlagen war, war eine Verteidigung erst recht nicht mehr möglich. — Ob Lutzny vom militärischen Standpunkt aus auf seine Tat besonders stolz sein kann, möchten wir sehr bezweifeln. Wir fragen, woher nehmen die Herren Schramm und Lutzny das Recht, unsern Kollegen ohne weiteres niederzuschlagen.

Der Gauleiter hat am Halse und auf dem Kopfe verschiedene Verletzungen davongetragen. Dieser Vorgang ist so unerhört, daß er verdient, in der breitesten Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Er charakterisiert vortrefflich, unter welcher Zuchtrute die Steinarbeiter des betreffenden Steinbruchsgebiets stehen; dieser frühere Feldwebel herrscht dort wie ein kleiner König und alles muß nach seiner Pfeife tanzen. Ihm und dem Wiegemeister Schramm wird diese Prügelei an einem Wehrlosen nicht geschenkt, dessen mögen die beiden versichert sein. **Man denke sich einmal, die Angelegenheit hätte sich umgekehrt abgespielt, die gegnerische Presse hätte schon spaltenlange Artikel darüber gebracht; jetzt wird sie wohl kaum von diesem Fall Notiz nehmen.**

Die Streikenden sind über diese Handlungsweise der zwei Genannten **aufs äußerste empört.** Dutzendmal konnten wir aus dem Munde der Arbeiter vernehmen, daß sie diese Tat, welche sicherlich als roh bezeichnet werden muß, aufs schärfste verurteilen. Sogar in bürgerlichen Kreisen schüttelt man über das Vorgehen der genannten Zwei den Kopf.

* * *

Der Direktor Lutzny ist ein geschworener Feind der Arbeiterbewegung. Obwohl er selbst aus kleinen Verhältnissen stammt, ist es ihm ein Greuel, wenn die Arbeiter etwas mehr Lohn fordern. Wie im Wurzner Gebiet die Hartsteinindustriellen über die Arbeiterbewegung und ihre Bestrebungen denken, ergibt sich aus folgendem. Kollege Staudinger wurde als Verbandsvertreter vor dem Streik bei den in Frage kommenden Steinindustriellen vorstellig, um Verhandlungen wegen eines Tarifabschlusses anzubahnen. Bei der Firma Zachmann kam unser Kollege bis ins Empfangsbureau, dann erfolgte sofort seine Abweisung. Herr Zachmann ließ sich überhaupt nicht blicken. — Bei der Firma Weißhorn, Inhaber Laue, wurde Staudinger ohne weiteres aus dem Bureau gewiesen, mit dem „freundlichen" Hinweis auf die — gesetzlichen — Bestimmungen. — Im Bureau der Röcknitzer Aktiengesellschaft zu Hohnstädt begründete Staudinger den Wert der Tarifverträge. Direktor Lutzny führte in höchst aufgeregter Weise folgendes aus:

Zwischen meine Person und den Zentralverband der Steinarbeiter kommt nicht einmal ein Blatt Papier, geschweige ein Tarifvertrag. — Würde mir der Aufsichtsrat den Abschluß eines Tarifs zumuten, sofort lege ich meine Stelle als Direktor nieder. (?) — Die Granitindustriellen in der Lausitz bereuen überdies den Abschluß des Tarifvertrags. — Heute würde ein solcher nicht mehr zustande kommen. — —

In dieser brüsken Form hat man den Verbandsangestellten behandelt, welcher bestrebt war, eine Einigung in friedlicher Weise herbeizuführen. Geradezu charakteristisch sind die Aeußerungen des Herrn Lutzny. Das sind ja Auslassungen, welche den Herrenstandpunkt in krassester Form erkennen lassen. Der Hinweis auf die jetzige Stellung der Lausitzer Granitindustriellen zum Tarifwesen, wird für unsre Kollegen in Demitz-Thumitz, Kamenz und Umgebung besonders beachtenswert sein.

Aber im Wurzner Pflastersteinbruchgebiet wird sich die Stellungnahme der Herren Unternehmer auch noch ändern müssen. Ueber Herrn Lutzny und seine Freunde geht der soziale Zug der Zeit ebenfalls noch zur Tagesordnung über. Wenn die Firmen **einigemal bestreikt** sind, dann werden sie sich schon auf Verhandlungen einlassen. Auf diese Weise konnten wir uns seinerzeit im Fichtelgebirge, in Strehlen, in Striegau, in Beucha usf. Anerkennung verschaffen.

* * *

Den Streikenden im Röcknitzer und Wurzner Bezirk haben sich nun auch die Kollegen aus **Hohnstädt** bei Grimma angeschlossen, soweit sie von der Röcknitzer Aktiengesellschaft beschäftigt werden. Den Kollegen war vom Inspektor, Herrn Hahne, ein Judaslohn versprochen, wenn sie sich nicht am Streik beteiligen würden; die Nichtstreikenden sollten sich zum Beispiel die besten Plätze am Felsen aussuchen und dauernd behalten, auch sonst war etwas in Aussicht gestellt, doch solche Sachen ziehen heute nicht mehr. In der Versammlung, die am 28. April in Hohnstädt stattfand und wo Kollege Siebold über den Stand der Bewegung referierte, **wurde einstimmig der Streik beschlossen.** Damit stehen rund 700 Pflastersteinarbeiter im Streik, **davon sind 70 Frauen.** Auch ist die Stimmung im Röcknitzer und Wurzner Bezirk vorzüglich. Die Versammlungen, die dort am 27. April stattfanden, stimmten den Ausführungen des Kollegen Siebold begeistert zu und gelobten, einmütig auszuharren, bis die Unternehmer zu den eingereichten Forderungen eine andre Stellung einnehmen. Die Unternehmer sind arg in der Klemme. Denn jetzt ist die Hauptlieferungszeit für die Pflastersteinindustrie, ihr Erbitterung macht sich in recht kleinlichen Maßnahmen Luft. Zwei polnische Kollegen, die sich über die paar alten Arbeitswilligen unwillig äußerten, wurden gefesselt von der Gendarmerie abgeführt, wie schwere Verbrecher.

Die Bayrische Gewerbeschau 1912 in München

weicht in ihrem Charakter von dem herkömmlichen Ausstellungstyp beträchtlich ab. Sie ist nicht eine Aufstapelung von prunkvollen Ausstellungsobjekten und von luxuriösen Schaustücken, zu denen man kein herzliches Verhältnis finden kann; sie ist vielmehr eine Ausstellung mit sozialen Zielen, die für alle und für jeden etwas bedeutet: Eine Ausstellung, bei der nicht die Weltfirmen unumschränkt vorherrschen, sondern bei der auch der Kleinarbeit, sofern sie nur gediegen, materialgerecht und interessant in der Formgebung ist, breiter Spielraum gewährt ist. . . .

Die Bayrische Gewerbeschau hofft dadurch der Allgemeinheit am meisten zu dienen und eine wahrhafte Förderung der materiellen Kultur zu bewirken, daß sie anknüpft an die Forderungen des Tages. Nicht allerlei „ausgefallene" Dinge, Gerätschaften des exponiertesten Komforts, will sie zeigen, sondern Gegenstände des Alltags, Massenerzeugnisse, Dinge, deren jeder im täglichen Gebrauch bedarf, Altes also, und doch gewissermaßen Neues, denn erlesener Geschmack und künstlerische Gestaltung sollen auch das kleinste Ding, das es auf der Bayrischen Gewerbeschau zu schauen gibt, veredeln. Wir alle wissen, daß ein unendliches Bedürfnis nach Geschmack und Schönheit im Volke in stetigem Wachsen ist, und daß nur der Gegenstand (und sei er so unscheinbar als möglich!) sich „volkstümlich" nennen darf, an dessen Herstellung mit Kunstsinn und Geschmack herangetreten wird. Die Bayrische Gewerbeschau glaubt dann ihre Aufgabe erfüllt zu haben, wenn jeder, der zum Tor der Ausstellung hinausschreitet, in seiner Geschmacksbildung und in seiner Anschauung von Qualitätsarbeit durch diese Schau eine Bereicherung erfahren hat. Man soll endlich einmal einsehen, daß es nicht nötig ist, seine Möbel, seinen Wandschmuck, seine Hausgerätschaften aus Bazaren und Ramschmagazinen zu beziehen: um den gleichen Preis gibt es, von stabilen Geschäften und tüchtigen Meistern hergestellt, Gegenstände, die allen Anforderungen des Geschmacks, der Materialgediegenheit und der handwerklichen Solidität genügen.

Erzeugnisse dieser Art zeigt die Bayrische Gewerbeschau in ihren mächtigen Hallen, die von Künstlerhand gestaltet und geschmückt einen würdigen Rahmen für die Qualitätsausstellung abgeben.

Alle die kleinen und heimlichen Künstler in bayrischen Dörfern — mögen sie nun unter den Holzschnitzern in Oberammergau oder Berchtesgaden, unter den Geigenmachern von Mittenwald, unter den Töpfern der Oberpfalz, unter den Glasbläsern im Bayrischen Wald oder unter den Korbflechtern Oberfrankens sitzen — kommen zu Wort, und es wird eine Art Verbrüderung zwischen Kunst und Handwerk gefeiert. Daneben fehlt natürlich auch die größere Industrie nicht: unter anderm schickt Augsburg seine Textilien, ist Mittelfranken durch seine hochentwickelte Spielwarenbranche, Oberfranken durch seine leistungsfähigen keramischen Betriebe, die Hauptstadt durch ihre zahlreichen kunstgewerblichen Werkstätten und Ateliers vertreten.

Daß für Qualitätsarbeit, wie sie die Bayrische Gewerbeschau zeigen will, ein so geringes Verständnis besonders beim städtischen Publikum besteht, hat nicht zuletzt seinen Grund darin, daß heute weiteste Kreise der Bevölkerung der Produktion fremd gegenüberstehen. Die gewerbliche Tätigkeit hat sich zurückgezogen in geschlossene, unzulängliche Werkstätten und Fabriken. Wie soll aber jemand an einem Ding seine Freude haben können, wie soll er es nach Wert oder Unwert zu beurteilen vermögen, wenn er nicht weiß, wie es entsteht? Aus dieser Erkenntnis heraus will die Bayrische Gewerbeschau 1912 in München den Versuch machen, in ihren Ausstellungshallen eine Reihe von Werkstätten einzurichten, in denen vor den Augen des Publikums gearbeitet wird. Vom Rohmaterial bis zum vollendeten Gegenstand von geschmackvoller Formgebung und von anmutigem Eindruck soll die Produktion verfolgt werden können. Komplizierte Betriebe mußten natürlich aus Rücksichten auf den beschränkten Raum und auf den Ausstellungscharakter ausgeschlossen bleiben, aber auch die einfacheren Betriebe werden, nicht zuletzt bei der Jugend, Interesse genug erwecken und aufklärend und geschmackbildend wirken.

Mehr als 20 Betriebe dieser Art gibt es auf der Bayrischen Gewerbeschau zu sehen; sie und die historischen Abteilungen mit ihrer Schau bester kunstgewerblicher Erzeugnisse unsrer Vorfahren ergänzen das Gesamtbild der großen bayrischen Landesausstellung, bei der natürlich auch interessante Theateraufführungen, große Sportfeste und ein reichbesetzter Vergnügungspark nicht fehlen.

Wie wir erfahren, wird auch die Steinindustrie auf der Gewerbeschau hervorragend vertreten sein, besonders die Fichtelgebirgsgranitwerke.

Beidem: geistiger Anregung und Belehrung, wie heiterer Zerstreuung kommt die Ausstellung entgegen, und da überdies für Arbeitnehmer, welche die Bayrische Gewerbeschau besuchen wollen, auf den Bayrischen Staatsbahnen weitgehende Fahrpreisermäßigungen gegeben werden, sollte der Besuch dieser Ausstellung nicht versäumt werden.

Tarifverträge bei Staatsarbeiten.

Den wenigen Staaten, die die Anerkennung und Einhaltung von Tarifverträgen bei ihren Arbeitern und Lieferungen vorschreiben, hat sich neuerdings Württemberg zugesellt. Noch vor zirka zwei Jahren verhielten sich die Ministerien gegenüber der ausschließlichen Vergebung von Staatsarbeiten und Lieferungen an nur tariftreue Unternehmer ablehnend. Es wurde damals, als diese Haltung gegenüber einer Eingabe der Tarifkommission der Prinzipale und Arbeiter im Buchbindergewerbe bekannt wurde, mit Recht darauf verwiesen, daß die Regierung, wenn sie auf ihrer Haltung beharre, nicht in der Lage sein werde, den bei den öffentlichen Submissionen zutage getretenen Mißständen entgegenzuwirken.

Neuerdings hat sich in der Anschauung ein Wandel vollzogen. Von der Verkehrsabteilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, den Ministern des Innern und der Finanzen sind am 18. März 1912 neue Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen mit den dazu gehörigen allgemeinen Bedingungen erlassen worden, die den Beifall der interessierten Unternehmerkreise nicht finden. Eine Besprechung der Unternehmerwünsche ist nicht unsre Aufgabe. Man kann aber ihren Schmerz verstehen, wenn man sich überzeugt, daß die Bedingungen eine Streikklausel nicht enthalten, vielmehr ausdrücklich festlegen, daß die Unternehmer unter allen Umständen, und zwar auch dann an die Verträge gebunden sind, wenn die Arbeitslöhne usw. nach Abschluß des Vertrags steigen.

Die Ueberwachung bei Bauarbeiten erstreckt sich auch darauf, daß der Unternehmer seine Verbindlichkeiten aus dem Arbeitsvertrag gegenüber den von ihm beschäftigten Handwerkern und Arbeitern pünktlich erfüllt. Wenn der Unternehmer diese Verpflichtungen nicht erfüllt, steht der Verwaltung das Recht zu, die von ihm geschuldeten Beträge auf seine Rechnung an die Beteiligten zu bezahlen. **Der Unternehmer hat der Verwaltung auf Verlangen Auskunft über die Verträge zu geben, die er mit den von ihm zur Ausführung der Arbeiten herangezogenen Arbeitern und mit Lieferanten abgeschlossen hat.** Besonders kann die Verwaltung von dem Unternehmer nähere Angaben über die Lohnverhältnisse und die in seinem Betriebe einzuhaltende Arbeitszeit verlangen. Der Unternehmer ist an die von ihm angegebenen Arbeitslöhne und Arbeitszeiten oder, soweit Tarifgemeinschaften oder ähnliche Vereinbarungen zwischen den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter bestehen, an die von diesen festgestellten Arbeitsbedingungen gebunden. Danach gelten die für die betreffenden Branchen abgeschlossenen Tarifverträge auch dann bei allen Staatsarbeiten, wenn etwa auswärtige oder sonstige Firmen den Tarif nicht anerkannt haben.

Der Unternehmer hat sich bei der etwa notwendigen Beschaffung von Arbeitern der öffentlichen Arbeitsnachweise zu bedienen, er muß auch einheimische vor fremden Arbeitern bevorzugen.

Für die Lieferungsverträge gilt, daß der Lieferant ebenfalls Auskunft über die Löhne und Arbeitszeiten zu geben hat an die er dann, wie auch an etwa geschlossene Tarifverträge, zwischen Unternehmern und Arbeitern gebunden ist.

Es wird nunmehr Aufgabe der Arbeiterorganisationen und ihrer Funktionäre sein, darüber zu wachen, daß diesen Bestimmungen lückenlos entsprochen und daß jede absichtliche oder unabsichtliche Verletzung der Verpflichtungen in geeigneter Weise vereitelt wird.

Für uns Steinarbeiter ist die Maßnahme der württembergischen Regierung sehr beachtenswert. Die Steinbruchsbesitzer müssen sich somit schon damit abfinden, daß sie mit ihren Arbeitern Tarifverträge abschließen, wenn sie darauf reflektieren wollen, daß ihnen staatliche Aufträge zuerteilt werden.

Korrespondenzen.

Büchlberg (Bayrischer Wald). Am 14. April fand unsre Monatsversammlung statt. Zum 1. Punkt wurde vom Kassierer Reitberger der Kassenbericht erstattet, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Zum 2. Punkt gab es eine rege Debatte wegen dem Ausräumen der Werkstatt. Dann wurde eine eingereichte Resolution vorgelesen, welche lautete: „Die heutige Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus und erhebt energischen Protest, daß die Firma Kerber ihren Arbeitern in bezug auf die Werkstattordnung sehr wenig Entgegenkommen zeigt. Wenn wir Beschwerden vorbringen, dann wird die Schuld ganz einfach auf den Vorsitzenden geschoben."

Am 19. April tagte ebenfalls eine Versammlung, in welcher Kollege Mittenmeier ausführlichen Bericht über die bisherigen Tarifverhandlungen in Deggendorf gab. Er führte den Kollegen vor Augen, wie notwendig es ist, jetzt auf der Hut zu sein, denn fast in allen Punkten bieten uns die Unternehmer Verschlechterungen an. Dieses ist ungerecht, da wir ja wissen, daß die Löhne in unserm Gebiet die schlechtesten sind.

Darmstadt. Die Generalversammlung vom 21. April war sehr schlecht besucht. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige; es mußten infolge des minimalen Besuches einige Punkte zurückgestellt werden. Beim Kassenbericht wurde nach genauer Prüfung dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Bericht über die Gaukonferenz lag gedruckt vor und konnte über diesen Punkt nach kurzer Debatte hinweggegangen werden. Im Punkt Geschäftliches wurde ein Antrag wegen Gewährung von 50 Pfg. Ortsgeschenk aus der Lokalkasse für durchreisende Kollegen angenommen. Desgleichen fand ein Antrag Annahme, welcher lautet, daß in Zukunft jeder Kollege im Falle einer Krankheit 1 Mk. pro Woche aus der Lokalkasse als Zuschuß bekommt. Aber er muß mindestens zwei Drittel der abgehaltenen Versammlungen besucht haben.

Dettenhausen. Am 21. April fand unsre Monatsversammlung statt. Kollege Wirsing aus Stuttgart hielt uns einen Vortrag über die Gegner der Gewerkschaften, wofür er reichen Beifall erntete. Leider war der Besuch nicht so, wie er sein sollte. Es wurde deshalb beschlossen, die Versammlungen künftig Sonnabends abzuhalten. Zum Verbandstag wurde Kollege Ellwanger-Stuttgart mit 31 Stimmen gewählt. Es wurde die Anregung gegeben, vollzählig die Maifeier in Waldenbuch zu besuchen. Nach einigen örtlichen Angelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Kollegen Durst geschlossen.

Gera. Unsre am 20. April tagende Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Die Einnahmen des 1. Quartals betragen 2079.81 Mark, die Ausgaben 1937.63 Mark. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Es wurde Kollege Lenk als Vorsitzender gewählt. Wegen Streikbruchs wurden ausgeschlossen: Nikolaus Höhn, geb. am 30. April 1884 zu Gundlitz und Johann Gayer, geb. am 16. Juni 1866 zu Kaiserhammer. (Beide aus dem Fichtelgebirge.) Es üben aber auch noch folgende Kollegen ihr schändliches Gewerbe hier aus: Es sind dieses: Wolfgang Ruß aus Wunsiedel, H. Vödisch aus Gera, Johann Kreutzer aus dem Odenwald, Konrad Schertel, Marmorhauer Will, Antoni Fröhlich und Karl Ostenrieder aus Hof i. B. Mögen sich die Kollegen diese Namen merken, damit sie später keine großen Ausreden gebrauchen können. Beschlossen wurde noch, die Sperre über das hiesige Granit- und Marmorwerk Korb u. Töpelmann aufrecht zu erhalten. Die Kollegen werden ersucht, Gera unter allen Umständen zu meiden.

Hamburg I. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 19. April im Restaurant Vorwärts. In den Verband aufgenommen wurde ein Kollege. Die Abrechnung vom ersten Quartal wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Einnahme betrug 4376.02 Mk., die Ausgabe 1861.68 Mk., Kassenbestand 2514.34 Mk. Beim zweiten Punkt, Tarif von Altona-Ohlsdorf, wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß nun auch die Unternehmer vom Bezirksverband die Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde für 1912 anerkannt haben. Es ist dieses seit dem in Ohlsdorf verloren gegangenen Streik von 1906 das erstemal, daß wir auch mit den Unternehmern des Bezirksverbands wieder im Tarifverhältnis stehen. Hoffentlich werden die Kollegen das Errungene festhalten. Nur durch unsern Verband haben wir es erreicht, daß der Stundenlohn in sieben Jahren von 67 Pfg. allmählich bis auf 90 Pfg. gestiegen ist. Aber leider gibt es auch bei uns einige Kollegen, die wohl an dem Errungenen des Verbands teilnehmen, aber keine Pflichten kennen. Es wurde beschlossen, diese im Versammlungsbericht zu veröffentlichen. Es sind dies: Emil Bürk, Gregor Kufner, J. Schwarz, Franz Wieghardt, Pollatscheck, Ernst Müller, Pallowitz, Schnautz, Richard Karsten, Resecke, Körner, Hohme und Dollberg. Wer bis zum 1. Mai seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nicht nachkommt, stellt sich außer den Rahmen desselben. Zur Maifeier wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen; die am 1. Mai arbeiten, haben den Tagelohn abzuführen. Die Kollegen versammeln sich im Restaurant Vorwärts. Nach dem Festzug gemütliches Beisammensein in Ohlsdorf. Beschlossen wurde noch, pro Mitglied für Mai, Juni und Juli **eine monatliche Extrasteuer von 1 Mk.** für unsre örtliche Kasse zu erheben. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß es die moralische Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, bei der Beerdigung eines verstorbenen Kollegen mitzugehen.

Über **Tarifumgehungen** gehen uns fortwährend aus den Zahlstellen Beschwerden zu. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, uns unverzüglich das dementsprechende authentische Material einzusenden; so insbesondere die **Skizzenzettel mit dem Preisvermerk,** eventuell auch noch die Papierschablonen. Es ist anzugeben, nach welcher Position die Unternehmer gerechnet haben, daneben ist die Position in Klammern zu setzen, welche eigentlich in Frage kommen müßte. Die Tarife selbst sind nicht mitzusenden, weil dieselben in unserem Archiv liegen.

Wenn sich Unternehmer den Schiedsgerichtsentscheidungen nicht gefügt haben sollten, so ist uns auch in dieser Hinsicht das nötige Material zu übersenden.

Wir erwarten, daß unser Hinweis genügend berücksichtigt wird.

Leipzig. **Der Zentralvorstand.**

Kirchberg. Am 21. April tagte im Deutschen Hause unsre Monatsversammlung. Nachdem der Vorsitzende Max Georgi die zahlreich erschienenen Kollegen begrüßt hatte, ging er zur Tagesordnung über und erteilte dem Referenten Redakteur Breslauer-Zwickau das Wort über das Thema: Arbeiterrecht und Arbeiterschutz. In einer 1¼stündigen Rede verstand es dieser, das Interesse der Kollegen zu wecken. Der lebhafte Beifall bewies, daß die Kollegen sehr zufrieden waren mit dem Referat. Zu Punkt 2 nahm der Vorsitzende das Wort und erstattete in Vertretung des Kassierers den Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Den Kartellbericht erstattete Kollege Georgi. In der Diskussion hierüber wurde das Zurückhalten der Metallarbeiter betreffs Sammellisten in die richtige Beleuchtung gesetzt. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, den 1. Mai durch einen halben Tag Arbeitsruhe zu feiern. Es liegt nun an den Kollegen, sich durch Einigkeit in diesem Beschluß Achtung zu verschaffen.

Kirchenlamitz (Fichtelgebirge). Sonntag, den 14. April, tagte im Lokal des Turnvereins eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung. Unter Punkt 1 gab der Kassierer den Rechnungsabschluß vom ersten Quartal bekannt, welcher von den Kollegen richtig befunden wurde. Daraus war zu ersehen, daß unsre Zahlstelle auch in diesem Quartal sehr gute Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist von 172 auf 206 gestiegen. In Punkt 2 gab der Vorsitzende den Bericht über die Gaukonferenz bekannt, welcher von den Kollegen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Zu Punkt 3, Tarifangelegenheit, bemerkt der Vorsitzende, daß wir eigentlich heute mit dem Tarif nichts zu schaffen hätten, er habe diesen Punkt aber gern auf die Tagesordnung gesetzt, um die Kollegen über die Verzögerung unsrer Tarifeinführung aufzuklären. Er führte dabei aus, daß weder die Verwaltung, noch die Gauleitung eine Schuld daran habe. Als Unterkassierer wurde Kollege Joh. Wunderlich und als Statistiker Kollege Gottlieb Zink einstimmig gewählt.

Königshain (Oberlausitz). Betreffs Steigerung des Lebensmittelbedarfs haben auch die Königshainer Kollegen zu einem Tarifentwurf Stellung genommen. Am 14. April wurde in der Versammlung der neu ausgearbeitete Tarif vorgelegt. Die Kollegen geben sich der Hoffnung hin, daß die Geschäfte unterhandeln werden. Im großen Gebiet Demitz-Thumitz kam ein Tarif zum Abschluß, warum soll das hier nicht möglich sein. Die Kollegen werden aufgefordert, eine große Einigkeit an den Tag zu legen, damit der Erfolg unser sei. In der gesamten Lausitzer Granitindustrie regt sichs mit dem Verbandsleben. Da können auch wir nicht zurückbleiben. Die Kollegen sind sehr angenehm berührt, daß es mit der Mitgliedervermehrung im Verbande so machtvoll vorwärts geht.

Leipzig. Am 17. April fand im Volkshaus eine gut besuchte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, zu Ehren des verstorbenen Kollegen Friedrich Schurtz sich von ihren Plätzen zu erheben. Hierauf gab der Kassierer seinen Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal. Dieselbe verzeichnete eine Einnahme (einschl. Kassenbestand von 1911) von 9026.80 Mk., dieser stand eine Ausgabe von 2049.65 Mk. gegenüber, mithin bleibt ein Bestand von 6977.15 Mk. Nach einer lebhaften Aussprache über verschiedene Posten der Ausgabe wurde der Kassierer auf Antrag der Revisoren gegen 2 Stimmen entlastet. Bei der Wahl des Delegierten zum Verbandstag wurde Kollege Risse mit 128 Stimmen einstimmig gewählt. Die Marmorarbeiter nehmen die Wahl in ihrer Branchenversammlung vor. — Der Kunststeintarif, welcher am 15. Mai abläuft, wird zum 1. Mai gekündigt. Eine Neuausarbeitung macht sich nicht notwendig, indem der Akkordtarif in seiner jetzigen Fassung beibehalten werden soll. Beantragt wird, den Stundenlohn vom 15. Mai ab auf 90 Pfg. festzusetzen und die Arbeitszeit hat wöchentlich 47½ Stunden zu betragen. Weiter gibt der Vorsitzende das Resultat über die Abmachungen der beantragten Innungssitzung bekannt. In letzterer verspricht die Innung, den verschiedenen vorgebrachten Wünschen nachzukommen; nur zu einer Erhöhung des Stundenlohnes konnte sie sich für dieses Jahr nicht verpflichten. Ein Antrag: die Lokalverwaltung soll Protest erheben beim Schiedsgericht zwecks Beschleunigung in der Regelung der Streitfrage über die Bezahlung der 60 Proz. Zuschlag auf Postner Stein für Leipzig, fand einstimmige Annahme. Die beantragte Schiedsgerichtskommission hat dem Vorsitzenden bis jetzt noch keinen endgültigen Bescheid zukommen lassen.

Auch wurde der § 8, Absatz 2, letzter Satz der Arbeitsordnung im abgeschlossenen Normaltarif stark kritisiert, indem die Gesellen bei Lösung des Arbeitsverhältnisses während der laufenden Woche ihren zu beanspruchenden Lohn erst am nächsten Zahltag zu erhalten brauchen. — Die Sperre der Firma Weiske u. Co. wurde von der Versammlung allseitig gutgeheißen. Der erste Mai wird, wie alljährlich, durch Arbeitsruhe gefeiert.

Mittelsteine (Heuscheuer). Am 21. April fand in der Villa Nova eine Delegiertenversammlung für den Distrikt Heuscheuer statt. Auf der Tagesordnung stand wieder der Punkt: Obmannswahl. Daß dies nichts neues mehr ist, braucht man erst gar nicht zu bewundern. Heute wird er gewählt, in 14 Tagen ist er abgereist. Jetzt machen wir eben ohne Obmann weiter, da sich keiner zu dem Posten findet. Im Punkt Verschiedenes wurde das provokatorische Auftreten des Poliers Ruß auf Platz Niggel in Mittelsteine kritisiert. Früher als Geselle, hat er stets den letzten Pfennig verlangt, und seit er nun Polier ist, da macht er gerade das Gegenteil. Aeltere Kollegen, die schon längere Jahre auf Niggels Platz in Mittelsteine arbeiten, sind über das Auftreten des Ruß sehr erregt. Auch versucht er schon, die vorgesehenen Prozentsätze im Tarif zu kürzen. Kommt ein Kollege und sagt ihm, er möchte Bossengeld anschreiben, da meint er: Hauen Sie ihn nur runter; aber wegen des Bezahlens gibt es nichts. Wir werden aber diesem Herrn noch ein Tänzchen aufspielen. So weit geht es ja nun nicht, daß man sich gegenüber den Arbeitern alles erlauben darf. Ob überdies die Firma mit diesem Auftreten einverstanden ist, bezweifeln wir.

Mühlhausen i. Th. Am 19. April fand unsre Monatsversammlung in Karl Peins Restaurant statt. Dieselbe befaßte sich hauptsächlich mit den Tarifstreitigkeiten beziehungsweise Zahnschnittstücken. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, daß dieses für uns überhaupt kein Streitpunkt sei, da nach dem Wortlaut des Tarifs, und derselbe kann doch bloß maßgebend sein, wir im Rechte sind. Die Kommission soll nochmals vorstellig werden. Sollte dieselbe nichts erreichen, so soll das Schiedsgericht angerufen werden. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab einen Kassenbestand von 594.72 Mark. In die Bauarbeiterschutzkommission wurden die Kollegen Reihnbot und Schneider gewählt. Ferner wurde die Gauleiterfrage nochmals eingehend besprochen und es ist erwünscht, wenn eine Regelung in Kürze eintritt.

München. Am 22. April fand unsre Monatsversammlung im Restaurant Müllerbad statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Ableben des Kollegen Meindl in üblicher Weise. Das Verhalten zweier Kollegen am Deutschen Museum wurde einer scharfen Kritik unterzogen, da sie es nicht lassen konnten, in Akkord zu arbeiten. Auch die Vorstandschaft erhielt eine Rüge, weil ue den übrigen Kollegen ebenfalls erlaubte, in Akkord zu arbeiten. Diese verteidigte sich dadurch, daß es nicht angängig sei, wegen diesen zwei Auchkollegen die übrigen außer Arbeit zu bringen. Im übrigen ist Akkord bei Betonarbeit hier allgemein. Wollen die Kollegen das Akkordsystem beim Betonbau abgeschafft haben, dann sollen sie die Reihen stärken helfen, um bei den nächsten Tarifverhandlungen dies durchzusetzen. Die beiden Delegierten gaben Bericht von der Gaukonferenz in Regensburg. Der Bericht war sehr umfangreich; unter anderm ersuchten beide, daß auch in Zukunft München Gausteuer entrichten möge. Die Versammlung konnte sich von der Notwendigkeit einer solchen nicht überzeugen und lehnte sie gegen 2 Stimmen ab. Kollege Wölfle gab dann noch als Kassierer Bericht vom 1. Quartal. Die Revisoren bestätigten, daß Bücher und Kasse in Ordnung sind. Gegenwärtig herrscht ein großer Zuzug nach München, trotzdem hier keine Bautätigkeit herrscht.

Neundorf a. d. Elbe. Am 25. April fand in Harrigs Gasthof eine Steinbrucharbeiterversammlung statt, in der über die mit den Unternehmern ausgearbeitete Tarifvorlage endgültig Beschluß gefaßt wurde. Kollege Jahn berichtete über die stattgefundene Verhandlung, bei der die Unternehmer drei von den vier Punkten, die von der letzten Versammlung noch nicht anerkannt und wegen denen nochmals verhandelt wurde, anerkannten. Die Arbeitszeitverkürzung um wöchentlich eine Stunde lehnten die Herren mit der Begründung einstimmig ab, daß es ihnen die Versammlung am 18. April durch ihren Beschluß unmöglich gemacht habe, auch in diesem Punkte nachzugeben. In der sich anschließenden Debatte sprachen sich die meisten Redner mißbilligend über das ablehnende Verhalten der Unternehmer aus und verlangten, daß der Beschluß vom 18. April unter allen Umständen strikte eingehalten würde, damit die nun schon zwei Jahre lang als lästige Schikane empfundene Stunde endlich beseitigt werde. Die Kollegen Ernst, Jahr und die Kommissionsmitglieder mahnten zur Besonnenheit und baten wiederholt, sich doch ruhig und sachlich zu überlegen, daß mit einer nochmaligen Ablehnung der fraglichen Stunde eine Ablehnung der ganzen Tarifvorlage verbunden sei. Die Vorlage habe aber in ihren übrigen Teilen wesentliche Vorteile für die Kollegen, deshalb sei es unklug, wegen der einen Stunde, die nur in den Sommermonaten jede Woche einmal vorkomme, die ganze Vorlage zum Scheitern zu bringen. Nach langem lebhaften Für und Wider wurde gegen eine starke Minderheit beschlossen, den Tarifvertrag in seiner Gesamtheit anzunehmen. Die Leitung soll aber den Unternehmern den Wunsch unterbreiten, sie möchten freiwillig auf die Leistung der einen Stunde verzichten. Hiermit ist die Lohnbewegung zum Abschluß gebracht. Die Kollegen Ernst und Jahn legten den Kollegen eindringlich ans Herz, auch weiterhin fest zueinander und zum Verband zu halten, nur Einmütigkeit und eine straffe Organisation verbürgen, daß der Tarifvertrag auch in allen seinen Teilen richtig eingehalten wird. Ein Lässigwerden könnte für die Kollegen üble Folgen haben.

Niederlamitz. Am 21. April tagte in Großwendern unsre Monatsversammlung. Dieselbe war von 57 Kollegen besucht. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurde eine neue Geschäftsordnung einstimmig angenommen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahme beträgt 1793.63 Mk., die Ausgabe 949.23 Mk., Kassenbestand am Schlusse des Quartals 844.40 Mk. Die Revisoren und der Vorsitzende bekunden, daß Kasse und Bücher übereinstimmend und in guter Ordnung befunden wurden. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Den Bericht von der Gaukonferenz erstattete Gnichtel. Es ist hier unnötig, auf alle Einzelheiten, die auf der Gaukonferenz zur Sprache kamen, näher einzugehen. Der Berichterstatter gab ein übersichtliches Bild von der Konferenz, so daß es jedem Kollegen möglich war, sich über das Besprochene zu orientieren. Pöhlmann-Marktleuthen regte an, daß die Tarife besser ausgebaut werden, damit wir bessere Löhne erzielen und auch einmal für die Erwerbslosenunterstützung eintreten können. Ferner soll auch darauf hingearbeitet werden, daß die Hilfsarbeiter bessere Löhne erhalten. Zwischen den Steinmetzen und den Schleifern in der Zahlstelle bestehen gegenwärtig Differenzen, welche in der Wahl des Delegierten zum Verbandstag zum Ausdruck kamen. Es müßten hier beide Parteien einander mehr Entgegenkommen zeigen, denn schließlich sind wir doch alle gezwungen, an ein und demselben Strick zu ziehen, und da ist es schon besser, wir ziehen alle bloß an einem Ende.

dann geht es besser zusammen. Die Schleifer müssen aber auch die Versammlungen besser besuchen. Ferner wurde beschlossen, in Großwendern Hausagitation zu veranstalten, um die noch nicht dem Verbande angehörenden Kollegen zu gewinnen. Die Kollegen von Großwendern werden ersucht, diese Agitation kräftig zu unterstützen. Der Arbeitergesangverein Schwarzenbach ladet uns zu seinem am 15. und 16. Juni stattfindenden Stiftungsfeste ein. Es wurde beschlossen, an dieser Feier teilzunehmen. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, mehr Zusammengehörigkeit und Solidarität an den Tag zu legen, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Ober-Peilau (Schlesien). Am 21. April fand im Schobergrund eine gutbesuchte Versammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Nach Einnahme und Ausgabe verblieb ein örtlicher Kassenbestand von 793.35 Mark. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die fast einstimmige Beteiligung an der Verbandstagswahl, welche 113 Stimmen für Paul Winkler ergab, zeigte, daß die Marmor- und Granit-Denkmalbranche im 2. Gau vertreten sein möchte. Auch wurde die nicht ganz gerechte Wahlkreiseinteilung im 2. Gau zur Sprache gebracht mit dem Hinweis, daß dadurch Hunderte in dieser Branche vertretungslos bleiben. Die Verschmelzungsfrage sei eine Frage der Zeit, gegenwärtig sei aber unser Verband seinen Aufgaben immer noch gewachsen. Unter Verschiedenem wurde noch einem ausgesteuerten Mitgliede 10 Mark aus der Ortskasse bewilligt. Auch wurde ein allgemeines Steinarbeitervergnügen auf Sonnabend, den 4. Mai, bei Frau Stephan im „Schobergrund" anberaumt, wo wir an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen. Wir ersuchen um vollzählige Beteiligung.

Weiße (Oberlausitz). Am Sonntag, den 21. April, fand in Weiße für die Orte Ringenhain, Steinigtwolmsdorf und Weiße eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Beyer aus Demitz war als Redner erschienen. Er schilderte den Kollegen den Zweck der Organisation und die Verhältnisse in der deutschen Steinindustrie und ging zum Schluß auf den Abschluß des Oberlausitzer Bezirkstarifs ein. In der Debatte wurde vielfach betont, daß auch hier, nachdem es überall vorwärts gehe, in der Oberlausitz andre Verhältnisse Platz greifen müßten. Die Versammlung machte einen sehr guten Eindruck, denn es traten gegen 30 Kollegen dem Verbande bei. Nachdem Kollege Beyer noch einige statutarische Bestimmungen erläuterte, war Schluß der Versammlung. Der Grundstein ist nunmehr auch hier gelegt, hoffentlich halten die Kollgegen an ihrem Grundsatze fest. Es geht somit überall vorwärts in der bisher rückständigen Lausitz.

Wir haben in diesem Jahre noch sehr viel zu tun, besonders die Kleinarbeit muß in intensiverer Weise betrieben werden. Man merkt es hier, daß der Lausitzer Tarifabschluß einen großen materiellen und moralischen Erfolg bedeutet. Die Kollegen brauchen sich nicht mehr zu ducken, wie es früher der Fall war. Hoffentlich geht es nun auch mit den Lohnbewegungen in Bischofswerda, Cunewalde und Oberlaina rüstig vorwärts. Den Lausitzer Granitarbeitern aber rufen wir zu, ungesäumt an die Mitgliedergewinnung heranzugehen.

Zell. Am 21. April tagte im Lokale bei Joh. Benker unsre Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende erstattete noch näher Bericht über die Gaukonferenz. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt, welche für richtig befunden wurde. Der Kassierer wurde entlastet. Sodann mußte die Wahl eines neuen Kassierers vorgenommen werden, da Kollege Becher schon zum neuen Jahr sein Amt niederlegen wollte. Gewählt wurde an dessen Stelle Andreas Popp, Steinmetz, Lagerplatz Reinersreuth. Weiter sollen noch einige Kollegen unsrer Zahlstelle im Tarifrechnen ausgebildet werden. Noch eine Zeitlang wurde über verschiedenes lebhaft debattiert, dann schloß der Vorsitzende die sonst gut verlaufene Versammlung. Scharf gerügt wurde, daß unser früherer Vertrauensmann, welcher jetzt Polier ist, so sich so verbandsfeindlich benimmt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Versand der Jahresberichte an die einzelnen Zahlstellen hat mit dem 22. April begonnen, soweit größere Zahlstellen in Frage kommen, werden die Berichte als Frachtgut versandt durch die Speditionsfirma A. Meyer-Leipzig. Die Zahlstellenverwaltungen mögen Notiz davon nehmen, damit die Annahme in Unkenntnis nicht verweigert wird.

*

Zur Beachtung für die Verbandstagsdelegierten!

Für die Gesamtzahl der Delegierten sind Logis bereits festgesetzt; besondere Zuschriften deshalb an das Münchner Lokalkomitee sind überflüssig.

Die Logis sind vorgesehen im Hotel Fendt, Goethestr. 15/17, und im Gasthaus zum grünen Hof, Bayerstr. 35.

Das Lokalkomitee wird repräsentiert vom Kollegen Joseph Fink, München, Daiserstr. 2, II.

Der Verbandstag tagt im Saale Mathäserbräu und beginnt am 12. Mai pünktlich 9 Uhr morgens.

Die Delegierten wollen sich so einrichten, daß sie am Sonntag abend in München eintreffen.

Rundschau.

Zentralvorständekonferenz. Die diesjährige Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand kürzlich in Berlin statt. Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Studienkommission zur Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungskasse „Volksfürsorge" ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Versicherungsbedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden. Danach wurden die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gewählt. Für den Vorstand wurden die Genossen Paeplow und Wentker, für den Aufsichtsrat die Genossen Bauer, Leipart, Schlicke und Ebert, als Ersatzmänner Eifler und R. Schmidt bestimmt. — Von den der Vorständekonferenz durch den Dresdner Gewerkschaftskongreß überwiesenen Anträgen waren von besonderer Bedeutung die der Bildhauer und Metallarbeiter betreffend Streikunterstützung, von denen der erstere die Errichtung einer Widerstandskasse mit regelmäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission, der letztere bei Streiks und Aussperrungen die Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliederzahl der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Beiträgen im Umlagewege und beauftragte die Generalkommission mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungsvorschläge. — Hinsichtlich der Unterstützung der Tabakarbeiter, bei der neben den allgemeinen Sammlungen sowohl freiwillige Beiträge der Gewerkschaftskassen, als auch feste Umlagen erhoben worden waren, wurde eine Regelung dahingehend beschlossen, daß jeder Verband einschließlich der geleisteten freiwilligen Beiträge aus der Hauptkasse pro Mitglied 20 Pfg. abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus verbleibende Mehrbetrag wurde den Tabakarbeitern überwiesen. — Bei der Frage der Berichterstattung über gewerkschaftliche Verbandstage durch das Pressebureau erklärte sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Generalkommission, mit dem Beirat des Pressebureaus über die Einführung dieser Berichterstattung weiter zu verhandeln. — Die weiteren Beratungsgegenstände waren interner Natur.

Schutz der nationalen Arbeit. Die Bergwerkskapitalisten des Ruhrreviers trauen dem Einfluß der Streikbruchorganisatoren des Zentrums anscheinend nicht allzusehr. Sie setzen gegenseitig alles daran, möglichst viele billige Arbeitskräfte aus dem Auslande heranzuziehen. Ihre Agenten sind in allen Grenzgebieten zur Anwerbung neuer Ausbeutungsobjekte tätig. Neuerdings scheinen sie sich auch mit der bekannten Feldarbeiterzentrale in Verbindung gesetzt zu haben, um mit deren Hilfe die einheimischen Arbeiter außer Lohn und Brot zu bringen.

In dem Amsterdamer Inseratenblatte „Het Nieuws van den Dag" werden jetzt Arbeiter für die Ruhrkohlenbergwerke gesucht. Die Leute sollen zwischen 20 und 40 Jahre alt sein, werden kostenlos vermittelt und von der Grenze ab frei befördert durch die Grenzkontore zu Aken (Aachen) und Kaldenkirchen. Sie sollen sich schriftlich wenden an das **Vermittlungsamt der deutschen Feldarbeiterzentrale zu Essen.** Ueber die Löhne und Arbeitsbedingungen sagt die Ankündigung freilich nichts.

Danach scheint es, als wenn zwischen den Scharfmachern des Ruhrreviers und den ostelbischen Großgrundbesitzern eine Art Zweckverband geschlossen worden ist. Vielleicht sollen die Angeworbenen, wenn die Arbeit im Bergbau stockt, zur Erholungskur bei der Erntearbeit in den preußischen Gutsbezirken transportiert werden. Jedenfalls wird sich unter der Fuchtel der beiden gleichwertigen Kontrahenten, die durch Anwerbung ausländischer Arbeiter den von ihnen gemeinten Schutz der nationalen Arbeit betreiben, den armen Opfern sehr bald ein Begriff von der preußisch-deutschen Kultur beigebracht werden.

Dem Steinmetzmeisterverband sind beigetreten: Thasler, Girlachsdorf (Schlesien); Seidel, Striegau (Schlesien); Köhler, Häslicht (Schlesien); Eduard Berlin, Hamburg; Grötzschel, Dresden; Conrad, Dresden; Hunger, Dresden; Haubold, Dresden; Schelle, Dresden; Scheiter, Dresden.

Die ersten drei Firmen sind wohl deshalb dem Verbande so schnell beigetreten, weil wir im Häslichter Gebiet in einer Lohnbewegung stehen.

Die größten Steinbruchbetriebe werden von der Basalt-Aktiengesellschaft in Linz am Rhein unterhalten. Diese Firma beschäftigt 3506 Arbeiter. Im Jahre 1911 wurden 1 463 297 Tonnen Steine versandt, und zwar meistens auf dem Rhein. Wäre allein Bahnverfrachtung in Frage gekommen, so wären, um diese Gesteinsmassen transportieren zu können,

146 329 Eisenbahnwaggons

nötig gewesen. Pro Tag wären somit 487 Waggons zum Versand gekommen. Solche Ziffern bergen etwas Imponierendes in sich. Daraus geht hervor, welche große volkswirtschaftliche Bedeutung der Steinindustrie innewohnt.

Eine Betriebserweiterung nimmt die Firma Kunath (Demitz) in Niederputzkau vor. Im letzteren Orte wurde ein größerer Granitsteinbruch gepachtet. Die Firma beschäftigt bisher etwa 800 Arbeiter.

20 000 Zentner sogenannter „Horzel" hat innerhalb zweier Tage die Sandsteinfirma Flössel in Pirna a. d. Elbe verladen lassen. Die Steine kommen nach Hamburg und werden zu Wasserbauten verwendet.

Eine Ausstellung für Friedhofskunst findet im August und September in Halle a. S. statt. Die Steinmetzgeschäfte sollen daran stark beteiligt sein.

Christlicher Streikterrorismus? Wie haben die Christlichen gegen den angeblichen Terrorismus der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier gewütet! Es hieß, an den Zusammenstößen mit der Polizei seien lediglich die Streikenden schuld. Nun haben in der ostpreußischen, rein katholischen Stadt Bischofsburg die christlich organisierten Maurer die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer ihre Forderungen ablehnten. Die ostpreußische Zentrumspresse muß jetzt mitteilen:

> Der Maurerstreik ist noch nicht beendet. Die Streikenden versuchen, die von auswärts gekommenen Maurer an der Arbeit zu hindern. Es kommt vielfach zu Aufläufen und Zusammenstößen, so daß die Polizei mehrfach Verhaftungen vornehmen mußte.

In dieser guten, frommen Stadt ist es also zu ähnlichen Vorgängen gekommen wie im Ruhrrevier. Werden die Christlichen diese Zusammenstöße nun auch lediglich auf das Konto der Ausständigen setzen?

Christliche Gewerkschaftsversammlungen gegen die Leitung des Gewerkvereins der Bergarbeiter. Das Gewerkschaftskartell der christlichen Gewerkschaften für Dortmund-Hörde hatte für den 21. April eine Anzahl Versammlungen für das Dortmunder Landgebiet einberufen. In den Versammlungen sollte die Tagesordnung: „Der Streik im Ruhrrevier", „Welche Lehren ergeben sich für die christlich-nationale Arbeiter- und Bürgerschaft daraus", besprochen werden. In Berghofen kam es zu einer interessanten Diskussion zwischen den Referenten der christlichen Gewerkschaften, Schlabach und Hirtsiefer, und dem Genossen Löffler vom Bergarbeiterverband. Gegen zwei Stimmen wurde nachfolgende Resolution angenommen: „Die am 21. April 1912 in Berghofen stattfindende, vom christlichen Gewerkschaftskartell für Dortmund-Hörde einberufene, von 300 Bergarbeitern und Bürgern besuchte Versammlung verurteilt das Verhalten der Gewerkvereinsleitung entschieden und bezeichnet es als einen Verrat an den Arbeiterinteressen. Die Versammlung fordert alle christlich organisierten Arbeiter auf, aus den christlichen Organisationen auszutreten und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen." — In Sprockhövel wurde eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Bergarbeiterverband geschlossen, während die „christlichen" Referenten fluchtartig das Feld räumten.

Das sind die Früchte der Zentrums-Gewerkschaftsstrategen. In der Steinindustrie genießen die schwarzen Apostel ebenfalls kein großes Vertrauen.

Vier Arbeiter verunglückt. Am Dienstag mittag, kurz vor 12 Uhr, ereignete sich im Haager Steinbruch der Aktiengesellschaft Marmorwerke Treuchtlingen (Mittelfranken) ein sehr schwerer Unfall. Beim Versetzen eines großen Steins brach plötzlich ein Kran zusammen, wobei der verheiratete 40jährige Steinhauer Jakob Satzinger von Wettelsheim erschlagen wurde. Dem ledigen Steinhauer Karl Drieslein von Osterdorf wurde u. a. ein Arm abgeschlagen. Der Steinhauer Benz von Möhren wurde gleichfalls schwer und der Steinhauer Fritz Löffler von Rehlingen leichter verletzt. — Der Kran muß schon stark defekt gewesen sein, wenn es möglich war, daß ein förmlicher Zusammenbruch erfolgte.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Berneck. Der Kollege Louis Martin hat sein Mitgliedsbuch (Nr. 28 633) hier liegen lassen; er möge zum Empfang seine Adresse angeben.

Die Ortsverwaltung.

Büchlberg. Der Steinmetz Johann Gsödl ist von hier abgereist und hat seine Interimskarte in Unordnung zurückgelassen.

Die Ortsverwaltung.

Guben. Der Steinmetz Fischbach hat das Verbandsbuch des Kollegen Pfeiffer und die Interimskarte des Kollegen Schels mitgenommen. Diese Papiere sind dem Fischbach abzunehmen.

Richard Golwa, Steinmetz, Schulstraße 11.

Heigenbrücken. Der Kollege Ludwig Zöller, geboren am 10. August 1869 in Dorfprozelten, wohnhaft in Aschaffenburg, soll mir seine Adresse zugehen lassen, damit ich ihm seine Interimskarte schicken kann.

Franz Zöcklein, Kassierer.

Rieden. Alle hier um Arbeit anfragenden Kollegen haben sich bei der Ortsverwaltung zu melden. — Unser Verkehrslokal ist das Gasthaus zum Adler, wo jederzeit Auskunft erteilt wird.

Rostock. Zureisende Kollegen mögen sich, bevor sie auf den Plätzen um Arbeit zusprechen, beim Kassierer melden.

Ziegelanger. Der Steinmetz Gregor Weinmann von hier wird um seine Adresse gebeten, betreffs Nachlaßsache.

Georg Distler.

Adressen-Aenderungen.

Crawinkel. Vors.: Fritz Kuhn, Frankenhain (Thür.).

Danzig. Vors.: Alfred Krönke, Steindamm 3, II. Kass.: Paul Reiß, Danzig-Langfuhr, Eigenhausstr. 18b. — Die Reiseunterstützung wird auf Platz Dreyling ausgezahlt.

Eichenbühl. Kass.: Hermann Adelberger.

Eiterhagen. Kass.: Konrad Winter II.

Gera. Vors.: Christian Lenk, Pforten, Zwötzner Straße 3.

Hartmannsdorf. Kass.: Emil Müller.

Jena. Vors.: M. Wolffschmidt, Frostweg 40, I.

Löbau. Vorläufig sind alle Sendungen zu richten an Hermann Gruhl, Löbau-Neustadt, Carolastraße 8.

Münnerstadt. Vors.: Wilhelm Leuthauser, Strahlungen.

Neu-Cunnersdorf. Vors.: Hermann Rahfeld. Kass.: Heinrich Roitzsch.

Pirmasens. Vors. u. Kass.: Jakob König, Hirschstraße 7.

Posen. Vors.: Georg Eschrich, Kronprinzenstraße 96, H. I.

Roßbach. Kass.: Johann Asu, Wald.

Wiesbaden. Kass.: Jakob Boll, Zimmermannstraße 4, 9. II.

Briefkasten.

A. M. Die Beiträge müssen in der Zahlstelle entrichtet werden, sonst kommen wir zu anarchistischen Zuständen. — **M.** Deine Auffassung ist falsch. — **Steinmetz in O.** Das ist eine Doktorfrage. Es kommt darauf an, ob Dir ein Verschulden beizumessen ist. Wir versprechen uns von einer Klage keinen Erfolg. — **Tr.** Der Betreffende wird sicherlich nach § 302a des Strafgesetzbuches bestraft. Das ist strafbarer Eigennutz, wie er im Buche steht. Besten Gruß! — **D.** Mußten wir ablehnen. Das ist doch keine Berichterstattung mehr. Wenn solche Sachen vorkommen, muß man sich sofort hinsetzen und die Eindrücke ohne Zuhilfenahme jeglicher Phantasie niederschreiben.

Anzeigen

Schürzen Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Ich versende nach allen Orten:
Ia Steinmetzhobelstahl pro 1 kg **1 Mk.**, bei 25 kg **80 Pfg**
Steinmetzbleistifte mit ⊖ Hartblei, pro Groß **2 Mk.**
Steinmetzbleistifte (echte Rehbach) mit □ Hartblei, pro Groß **2.25** Mk., bei 10 Groß **2.10** Mk.
Steinmetzbleistifte 40 cm lang mit extra Hartblei, pro Groß **7.50** Mk., bei 5 Groß **7** Mk.
Ia Steinmetzbesen von Kokos, pro Dutzend **4.50 Mk.**
Ia Buchsbaum-Massstäbe mit 6 Gliedern und extra tiefen Maßen, pro Dutzend **4.50 Mk.**

Walter Kluth, vorm. Otto Bernhardt
Dresden, Blumenstrasse 19.

Steinmetzen
suchen für sofort
A. Heinrich u. H. Hutsch
Granitbrüche **Bertelsdorf** b. Neustadt (Sa.).

Zwei Schriftthauer
können bei 65 Pfg. Stundenlohn sofort anfangen.
Otto Borwig, Stettin, Barnimstraße 16.

Tüchtige Granitsteinmetzen
für dauernde Bauarbeit können sofort eintreten.
Carl Paeschke, Werksteinindustrie, G. m. b. H.
Jannowitz (Riesengebirge).

Tüchtiger Steinmetz
für Grabsteinarbeiten und Schriftthauen gesucht.
Ed. Hecht, Wittenberg, Dresdner Str. 86.

Tüchtige Marmor-Handschleifer u. -Hauer
für dauernde und gut lohnende Beschäftigung zu sofortigem Eintritt gesucht.
Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerke A. G., Wunsiedel.

Zwei Steinmetzen
stellt sofort ein
H. Flechs, Grabstein-Geschäft
Königslutter (Braunschweig).

Einige Steinmetzen
Hand- und Maschinenschleifer
können sofort eintreten.
Kötzle & Mayer, Regensburg.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Mittelsteine** am 23. April der Kollege **Anton Kampfl**, 36 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Pirna** am 28. April der Kollege **Paul Karl Robert**, 41 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Posen** am 10. April der Kollege **Paul Heinze**, 32 Jahre alt, durch Unfall.

In **Riegersdorf** (Schlesien) am 23. April der Kollege **Paul Köhler**, 39 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Roßbach** am 26. April der Kollege **Joseph Semmelmann**, 33 Jahre alt, an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 18. Sonnabend, den 4. Mai 1912. 16. Jahrgang.

Wirtschaftliche Rundschau.

Hamburger Kritik am Bremer Lloyd. — Hamburg-Bremen gegen Emden. — Auswanderung 1911. — Die Angliederung der Bergmannwerke.

Zwischen Hamburg und Bremen hat stets ein stiller Kriegszustand geherrscht, der ab und zu auch in lauten und scharfen Auseinandersetzungen zum Ausdruck kam. Hamburg kühlte dabei zuweilen seinen vom Erfolg erzeugten Uebermut in wenig schöner Weise an dem spärlicher vom Glück begünstigten Rivalen; Bremen erwiderte dem hochmütigen Emporkömmling an der Elbe mit der ganzen Gereiztheit des verbitterten Besiegten. Schiffstechniker und Seeleute fühlen sich wohl in ihrer Mehrzahl noch heute stärker zum Norddeutschen Lloyd, der Verkörperung der bremischen Schiffahrt, hingezogen, während sie in der Ballinschen Hamburg-Amerika-Linie häufig die Verkörperung der größeren kaufmännischen Gerissenheit sehen. Aber was hilft das alles? Die Hamburg-Amerika-Linie gab zwar 1908 auch einmal keine Dividende, indes 1907 6 Proz., 1909 abermals 6 Proz. und 1910 und 1911 8 und 9 Proz. Dagegen der Norddeutsche Lloyd blieb zwei Jahre lang dividendenlos, und 1907 brachte er es nur auf 4¼ Proz., 1910 nur auf 3 Proz., 1911 endlich wenigstens auf 5 Proz.

Selbst dieses bescheidenere Dasein wird jetzt wieder einmal von Hamburg aus dem Lloyd strittig gemacht, und wenn die offenbar wohlberechneten Angriffe zutreffend sein sollten, so hätte die größere Oeffentlichkeit in Deutschland gleichfalls ein starkes Interesse an den aufgeworfenen Fragen. In der „Zeitschrift“ wird nämlich dem Lloyd vorgeworfen, er übervorteile das Reich ganz gewaltig bei der Bilanzaufstellung für die Subventionsfahrten nach Ostasien und Australien, und selbst der schmale Ertrag der sonstigen Schiffahrt erkläre sich vorwiegend daraus, daß eine ganze Schar von Nebenunternehmungen und Großinteressenten sich an den Lieferungen und sonstigen Geschäftsverbindungen beim Lloyd ungebührlich bereichere. Bei diesen Geschäftsverbindungen finde man jedoch immer wieder die gleichen Leute, die dem Aufsichtsrate nahe ständen: „Der Lloyd darf kein Bankinstitut mehr sein, kein Trust, der in sich selbst alles deckt aus eigenen Produktionsanstalten, was er braucht. Der Lloyd ist beteiligt an Mineralwasser-, Selterwasserfabriken, einem Kohlenbergwerk (dessen Kuxe er aber wahrscheinlich schon im stillen wieder abgestoßen hat), an Möbelfabriken, einer Verlagsbuchhandlung, an einem Tauwerk usw. Was das Herz nur wünscht. Das ist ein Geschäftsbetrieb, der nicht mehr zu überblicken ist.“ Die Hamburger „Zeitschrift“ ist so freundlich, am Schlusse eine Verschluckung durch die Ballinlinie zu empfehlen. „Neben der Hapag hält sich der nunmehr schon Geschwächte nicht mehr. Legt die Aktien zusammen. Das rät man an der Börse, und wie schön wäre es.“ Das Hauptziel des Aufsatzes scheint aber zunächst zu sein, vor der Erneuerung der Reichssubvention im Jahre 1914 eine gründliche Nachprüfung de Lloydbilanzen in Fluß zu bringen. Diesen Wunsch können wir natürlich im Interesse der Steuerzahler nur unterstützen, so mißtrauisch wir sonst der Tendenz der Hamburger Kritik gegenüberstehen.

Nun will es aber ein spöttischer Zufall, daß die beiden großen zivilisierenden Reedereien und Hafenplätze durch einen plötzlich auftauchenden Außenseiter zu gemeinsamem Widerstande verbunden werden. Mit unverkennbarer politisch-staatlicher Unterstützung soll nämlich Emden, der letzte deutsche Großhafen vor der holländischen Grenze und Küste, zu einem Auswandererplatz mit regelmäßigen Passagierdampferfahrten entwickelt werden. Der Plan gilt natürlich in erster Linie der Einschränkung des holländischen Wettbewerbes, trifft indes die beiden Hamburg-Bremer Reedereien gleichfalls an einer recht empfindlichen Stelle. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß landwärts eine wesentliche Hebung der Eisenbahnverbindungen Emdens eintritt, das bisher vorwiegend auf die Massenfrachttransport des Dortmund-Emskanals angewiesen war. Preußen besaß bisher überhaupt keinen Auswandererhafen; es hat aber in den Hafen von Emden 80 Millionen Mark hineingesteckt, teils um seine Küstenbasis im Falle eines Nordseekriegs zu verbessern, teils um das Uebergewicht Rotterdams und Antwerpens zu schwächen, das bis nach Bremen hinüber seine Folgewirkungen ausübt und mit der Fertigstellung des Kanals vom Rhein nach Hannover und mit der Fortsetzung der Mainkanalisierung noch schlimmer zu werden droht.

Bis zur Verwirklichung des Gedankens wird natürlich noch viel Wasser den Rhein, die Weser und die Elbe hinablaufen. Aber die Geschäftigkeit, mit der Ballin und der Norddeutsche Lloyd, die beiden plötzlich durch ihre Interessen wieder zusammengebrachten Gegner, die Auswandererkonzession für Emden zu hintertreiben suchen, spricht dafür, daß es sich nicht bloß um einen müßigen aussichtslosen Einfall handelt. Hinter dem Plan soll auch die Stinnessche Reederei stehen; vor allem jedoch der Fürstentrust (das vereinigte Finanzkapital der Fürsten Hohenlohe-Oehringen und Fürstenberg). Dieser Trust trat kürzlich schon betreffs der (politisch ebenfalls wichtigen) Levantelinie* in Gegensatz zum Lloyd und zur Hapag, wobei die Deutsche Bank, der wegen der Bagdadbahn eine besondere Rolle im vorder- und mittelasiatischen Verkehr zufällt, sich an die Seite der Hamburg-Bremer Reedereien stellte. Der neue Emdener Hafen, mit einer Fahrtrinne von 11 Meter Tiefe, soll 1913 dem Verkehr übergeben werden. Ein großes Terrain am Dortmund-Emskanal wurde für 6 Millionen Mark von Hugo Stinnes erworben; wie es hernach bestimmter hieß: für ein transatlantisches Schiffahrtsunternehmen, dessen Umrisse sich jetzt greifbarer zu zeigen beginnen. Auf interessante Auseinandersetzungen und Interessenkämpfe darf man deshalb gefaßt sein.

Bei dieser Gelegenheit mögen gleich die Auswanderungsziffern für das Jahr 1911 nachgeholt sein. Im Laufe des Kalenderjahres wurden Personen befördert:

	1911	1910	1909	1908
über Hamburg . .	86 895	118 131	112 525	48 595
über Bremen . . .	115 044	157 896	144 417	74 626
Zusammen	201 939	276 027	256 942	123 221

Ueber Antwerpen wanderten im Jahre 1911 62 407 Personen aus, gegen 81 497 im Jahre 1910 und 73 320 im Jahre 1909.

Die eigentliche Einwanderung in den Vereinigten Staaten betrug 1911 782 545 Personen, gegen 1 071 785 im Jahre 1910. Dazu kamen als Nichteinwanderer (Kajütpassagiere, Reisende) 1911: 154 969, 1910: 151 823 landende Fremde. —

Die Angliederung des Bergmannkonzerns, deren Vorstufen wir früher schilderten, hat sich in folgender Weise vollzogen. Das Aktienkapital von Bergmann wird notgedrungen von 29 auf 52 Millionen Mark erhöht. Von den neuen Aktien sollen 14½ Millionen Mark vollzuzahlende Aktien von einem Konsortium, bestehend aus der Deutschen Bank, der Direktion der Diskontogesellschaft, dem A. Schaafhausenschen Bankverein, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und dem Bankhaus Bernhard Caspar-Hannover, übernommen und von diesem den alten Aktionären im Verhältnis 1:2 zum Kurse von 110 Proz. zum Bezuge angeboten werden. Die restlichen 8½ Millionen Mark, auf die zunächst 50 Proz. einzuzahlen sind, sollen die Siemens-Schuckert-Werke gleichfalls zum Kurse von 110 Proz. übernehmen. Wenn man bedenkt, wie enge beispielsweise auch die Deutsche Bank mit den Stemens-Schuckert-Interessen verwachsen ist, so tritt der Sieg des Siemenskonzerns als Abschluß des Ganzen deutlich hervor.

Berlin, 16. April 1912. Max Schippel.

* Levante: Morgenland, Kleinasien, aber auch die angrenzenden Gebiete Aegyptens, des Schwarzen Meeres, Griechenlands.

Das Zeugnis des gewerblichen Arbeiters.

Groß sind noch die Kreise der Arbeiterschaft, die auf die Erteilung eines Zeugnisses durch die Unternehmer Wert legen. Ueberkommen aus den Einrichtungen der Zunft, hat das Zeugnis nicht nur in den noch stark handwerksmäßig betriebenen Gewerben seinen Platz behauptet, sondern auch in verschiedenen Zweigen der Großindustrie genießt es Ansehen. In der Steinindustrie sind es meist die Steinmetzen, welche auf ein Arbeitszeugnis Wert legen.

Es soll in diesem Zusammenhang nicht auf die Frage eingegangen werden, ob nicht im Interesse der Arbeiterschaft die Beseitigung des Arbeitszeugnisses zu erstreben ist, wofür jedenfalls gewichtige Gründe sprechen. Hier soll lediglich die gesetzliche Regelung des Anspruchs des Arbeiters auf ein Zeugnis und der Pflicht des Unternehmers auf Erteilung eines Zeugnisses erörtert werden. Maßgebend ist der § 113 der Gewerbeordnung mit dem Wortlaut: „Beim Abgange können die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen. Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist also ein Anspruch des Arbeiters auf das Zeugnis gegeben. Ob der Arbeiter im Einzelfalle den Anspruch geltend machen will oder nicht, liegt bei ihm. Der Anspruch des Arbeiters auf das Zeugnis ist ein rein privatrechtlicher, auf den, wie bei allen Ansprüchen aus dem Privatrecht, verzichtet werden kann, ja, der überhaupt vom andern Kontrahenten, dem Unternehmer, nur erfüllt werden darf, wenn er vom Arbeiter geltend gemacht wird. Diese Art der Regelung des Zeugniswesens durch die Gewerbeordnung war immerhin gegen den früheren Zustand ein Fortschritt. Mußte doch früher der Arbeiter ein Zeugnis annehmen, das in das Wanderbuch eingetragen wurde. Der gewerbliche Arbeiter hatte vor der Herrschaft der Gewerbeordnung in vielen Bundesstaaten die Pflicht, sich zensieren zu lassen, genau so, wie heute in manchen Teilen Deutschlands die unter das Gesinderecht fallenden Arbeiterinnen und Arbeiter Zeugnisse annehmen müssen.

Mit diesem unbedingten Zensurrecht des Unternehmers hat die Gewerbeordnung aufgeräumt. Der Unternehmer darf den Schulmeister nur spielen, wenn der Arbeiter ihm dazu die Befugnis erteilt. Geschieht dies, so wird aus dem Rechte des Arbeiters natürlich eine Pflicht des Unternehmers. Den Umfang des Zeugnisses kann aber der Arbeiter in allen Fällen bestimmen. Er hat zu entscheiden, ob das Zeugnis sich nur über Art und Dauer der Beschäftigung aussprechen, oder auch Angaben über Führung und Leistungen enthalten soll. Die erste Form des Zeugnisses wird in manchen Arbeiterkreisen nicht als vollgültig angesehen und mit dem Namen Arbeitsbescheinigung belegt; nur die zweite Form, die auch ein Urteil über Führung und Leistungen aufweist, gilt als wirkliches Zeugnis.

Zwei Streitfragen spielen in dem Zeugnisrecht eine erhebliche Rolle. Die erste betrifft den Inhalt des Zeugnisses und die zweite die Bestimmung des Gesetzes, die dem Unternehmer verbietet, das Zeugnis mit Merkmalen zu versehen, die den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Schwerer Mißbrauch der Zeugnisse hat den Gesetzgeber veranlaßt, durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 dem § 113 den 3. Absatz hinzuzufügen. Kennzeichnungen mißliebiger Arbeiter durch die Form des Zeugnisses waren früher häufig. Hierzu diente besonders die Verwendung eigener Formulare, deren Beschaffenheit und Inhalt vereinbart war. Bestand dagegen in einem Berufszweig allgemein der Gebrauch bestimmter Formulare, so wurde den Arbeitern, die gekennzeichnet werden sollten, dieses Formular verweigert und ihnen ein anders gestaltetes Zeugnis ausgehändigt. Auch der Gebrauch besonderen Papiers, ungewöhnlicher Tinte und andrer Mittel dienten zur Aechtung der Arbeiter. Mit dieser Versemung der Arbeiter hat die Rechtsprechung der Gewerbegerichte zum größten Teile aufgeräumt. Zeugnisse, die mit irgendwelchen Merkmalen versehen sind, oder die von der für einen Gewerbezweig allgemein eingeführten und anerkannten Form abweichen, werden von den Gewerbegerichten nicht anerkannt. So hat das Gewerbegericht Dresden mit Urteil vom 10. November 1897 ausgesprochen, daß der Unternehmer verpflichtet ist, zu Arbeitsbescheinigungen die vom Arbeitgeberverband herausgegebenen Formulare zu benutzen, wenn nur der Besitz eines solchen Zeugnisses dem Arbeiter die Möglichkeit gibt, andre Arbeit zu finden.

Wenn auch Gesetz und Rechtsprechung erreicht haben, daß durch das Zeugnis Kennzeichnung der Arbeiter nur schwer möglich ist, so haben die Unternehmer zur Ausübung ihres Boykotts bekanntlich andre Mittel: schwarze Listen, Kontrollbureaus, die als Arbeitsvermittlungsstellen ausgegeben werden, und andre gefunden.

Der Unternehmer, der ein Zeugnis mit Merkmalen versieht, um den Arbeiter zu kennzeichnen, ist strafbar. Die Strafe kann nach § 146 Ziffer 3 der Gewerbeordnung auf Geld bis zu 2000 Mk. lauten. An Stelle der Geldstrafe tritt im Unvermögensfalle Gefängnis bis zu 6 Monaten. In der Praxis werden die Strafen gewöhnlich auf geringe Geldbeträge bemessen. Der Arbeiter, der durch ein mit Merkmalen versehenes Zeugnis Schaden erleidet (arbeitslos bleibt oder mit geringer bezahlter Arbeit fürlieb nehmen muß), kann Schadenersatz beanspruchen. Hierbei muß er jedoch nachweisen, daß der Schaden durch das vorschriftswidrige Zeugnis verursacht worden ist. Die Gerichte sind in den Anforderungen an den Beweis über Zusammenhang zwischen Zeugnis und Schaden sehr streng.

Für die Zeugnisse für Lehrlinge gelten besondere Bestimmungen. Das Lehrzeugnis muß der Meister auch ohne Ersuchen des Lehrlings ausstellen (§ 127c der Gewerbeordnung). In dem Zeugnis ist das Gewerbe zu bezeichnen, in dem der Lehrling ausgebildet worden ist und ist die Dauer der Lehrzeit anzugeben. Ferner muß das Lehrzeugnis sich über das Betragen des Lehrlings und über die Kenntnisse und Fertigkeiten, die er erworben hat, aussprechen. An Stelle der Zeugnisse für Lehrlinge können die von Innungen und andern Vereinigungen der selbständigen Gewerbetreibenden eingeführten Lehrbriefe treten. Beim Lehrzeugnis ist also der Umfang des Zeugnisses vorgeschrieben. Der Lehrling hat nicht die Wahl zwischen einer Bescheinigung, die ihm die Absolvierung der Lehrzeit bestätigt, und einem Zeugnis, das sich auch über seine Kenntnisse und Fähigkeiten und sein Betragen ausspricht, sondern er muß ein Zeugnis der letzteren Art annehmen.

Wie muß nun aber der Inhalt des Zeugnisses für den gewerblichen Arbeiter beschaffen sein? Hierüber herrschen viele irrige Vorstellungen. Vielfach ist die Anschauung vertreten, daß das Zeugnis dem Inhaber nicht zum Nachteil gereichen dürfe. Diese Anschauung findet im Gesetz keine Stütze. Ein Zeugnis muß, das liegt schon im Worte, wahr sein. Es soll in erster Linie ein Urteil des Ausstellers über Fähigkeiten, Leistungen und Führung enthalten. Die Tatsachen, die das Urteil begründen, braucht das

Zur Eröffnung des Leipziger Hauptbahnhofes.

In Leipzig wurde am 1. Mai der neue Hauptbahnhof eröffnet. Allerdings wurde erst die eine Hälfte in Betrieb gesetzt, denn die übrige Hälfte des Gebäudes muß erst errichtet werden.

Als am 7. April 1839 der erste Zug von Leipzig nach Dresden abfuhr, feuerte man zur Feier des Tages Kanonen ab. Seitdem haben die Eisenbahnschienen die ganze Erde umsponnen, auch Leipzig kann von der Weiterentwicklung dieser Dinge ein Lied singen. Schon im Jahre 1840 wurde neben dem Dresdner Bahnhofe der Magdeburger erbaut, dann der Bayrische, Thüringer, der Eilenburger, der Berliner. Man wußte schließlich überhaupt nicht mehr: wo ging der Zug ab, wo kam man an. Es war die „höchste Eisenbahn“, endlich auch den Leipziger Bahn- und Bahnhofsverkehr zu zentralisieren.

Man entschied sich für einen Kopfbahnhof — an Stelle des Dresdner, Magdeburger und Thüringer Bahnhofs — und hat es damit in erster Linie den Leipzigern und ihrem Messeverkehr bequem gemacht. Die Reisenden werden bis ins Herz der Stadt hineingeführt und können dieselbe von demselben einen Punkte aus verlassen. Für die beteiligten Bahnverwaltungen — Sachsen und Preußen — sprach bei diesem Arrangement in erster Linie mit, daß sie das nötige gewaltige Areal zumeist schon in ihren Händen hatten. Dadurch wurden ihre Pläne wesentlich vereinfacht und die Ausführung sehr erleichtert und beschleunigt. Dennoch bestätigt sich wieder einmal der alte Satz: Leipzig läßt auf sich warten. Seit drei Jahren wird auf dem Bahnhofterrain gebaut, seit zehn Jahren werden unerhörte Erdmassen hin und her bewegt. Alle Bahngleise wurden neu vermessen, verlegt, anders verzweigt, höher geführt, so daß sie jetzt vier Meter über dem Niveau des Blücherplatzes münden. Das imposanteste Denkmal dieser Arbeiten ist die kolossale Ueberführung der Straße zum jetzigen Berliner Bahnhof. Am 1. Mai wurde die westliche, die „preußische“, Hälfte eingeweiht. In drei Jahren erfolgt dann die andere Hälfte. Am 1. Oktober folgt die Ueberführung des Magdeburger und des Berliner Verkehrs sowie des Leipzig—Hofer Schnellzugsverkehrs; am 1. Februar 1913 die Ueberleitung des Dresdner und Geithainer Verkehrs; am 1. Mai 1914 die des Eilenburger Verkehrs und im Jahre 1915 nach Ueberführung des Leipzig—Hofer Personenverkehrs die Gesamteröffnung.

Am Hauptbahnhof haben auf völlig neue Art und in ebenso großzügiger Weise die Dresdner Architekten Professor William Lossow und Max Hans Kühne ihre gewaltige Aufgabe gelöst. Beim ersten Anschauen wird überraschen, daß man — auf dem Georgiring stehend — sich einem Gebäudetyp gegenüber befindet, an dem eigentlich nichts auf einen Bahnhof schließen läßt. In den Hauptbahnhof münden 26 Gleise nebeneinander ein. Demgemäß gibt es hier dreizehn Personenbahnsteige von gehöriger Breite, und darüber wölben sich sechs 200 Meter lange, 45 Meter weite und entsprechend hohe Hallen aus Eisen und Glas. Nun fanden Lossow und Kühne die Lösung, diesen sechs Hallen eine riesige, fast 300 Meter lange Querbahnsteighalle quervor zu legen, um den massenhaften Verkehr abzufangen und zu regeln. Dieser äußeren Fassade konnte es nur vorbehalten bleiben, die Außenwand der Querbahnsteighalle nach der Stadtseite hin einigermaßen gefällig aufzulösen und geschickt zu gliedern.

Wichtig ist, daß wir bei der Betrachtung des Hauptbahnhofs uns immer wieder daran erinnern, daß derselbe alles in allem 250 900 Kubikmeter bedeckt, fast ein Drittel Kilometer lang ist und ebenso weit in die Tiefe sich erstreckt. Daß bei solchen Massen mit schönen Bögen nicht auszukommen war, liegt auf der Hand. Denn der ganze riesige Bahnhofsbau ist aus dem reinen Bedürfnis heraus erwachsen. Hierin ist auch eine Schönheit begründet. Wenn erst noch die andere große Eingangshalle — auf der sächsischen Seite — aus der 300 Meter langen Front vorspringt, erhalten die drei leicht gerundeten Ausbauten des Mittelteils auch von rechts her den jetzt noch entbehrten Abschluß. Dann wird überhaupt noch allerlei an dem Bau zu studieren sein. Vor allem die Gesamtwirkung des großen, mit naturroten Ziegelsteinen in der Form von Mönch und Nonne gedeckten Daches. Das ganze Verwaltungs- und Repräsentationsgebäude war von den Baukünstlern anfangs etwas höher geplant, aber der Status der beiderseitigen Staatsfinanzen ließ auch hier die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Zu der Fassade kam der bekannte harte Postaer Sandstein zur Verwendung. Ein großer Teil der Werksteine wurde in Leipzig selbst hergestellt. Die Fassade nimmt sich außerordentlich monumental wirkend aus. Die Bearbeitung der Steine muß eine tadellose genannt werden, das Scharieren geschah in grober Strichmanier. Allerdings das Versetzen läßt manches zu wünschen übrig. Aber diese Arbeiten wurden von Maurern geleistet, und da können die Werksteine noch so gut gemacht sein, es wird vieles nicht klappen. — Zu den inneren Verkleidungsarbeiten kam in überaus reichlicher Weise der Cottaer Sandstein zur Verwendung. Aber da muß schon betont werden, daß das Versetzen geradezu leichtfertig vorgenommen wurde. Als Steinmetz muß man sich ärgern, wenn man sieht, wie eine famos angefertigte Arbeit beim Versetzen so hingehauen wird. Derweil wurde uns versichert, daß die Steinmetzen schon genügend „nachgetrieben“ haben. — Zur Sockelverkleidung im Innern des Bahnhofs wurde Beuchaer Pyrogengranitporphyr verwendet. Die Plättchen sind etwa 6 Zentimeter stark und matt poliert. Diese Verkleidung nimmt sich sehr nett aus.

Am Nebenportal der Westseite sind einige Figuren in Ueberlebensgröße angebracht, der Steinmetz, der Zimmermann, der Architekt, der Geometer usw. — Die Figur, welche den Steinmetzen darstellt, muß als völlig mißlungen betrachtet werden. Unser Kollege nimmt eine Haltung ein, als hätte er an einem sonnigen Montag des Guten zu viel getan. Seine Stellung sieht so aus, als würde er sich in animierter Stimmung an die Holzwand der Steinmetzhütte anlehnen, und dabei ist seine Haltung so schlapp und energielos, als wie wenn das ganze Steinmetzenhandwerk dem Untergange geweiht wäre.

Wer jetzt in den neuen Leipziger Hauptbahnhof einfährt, sieht die große Querbahnsteighalle genau bis zur Hälfte fertig. Als Mittelglied zwischen dem Eisengerüst der Bahnsteighallen und dem Steinwerk der Front- und Seitengebäude, besteht sie aus Eisenbeton. Ueber die starken Bogen und Querrippen spannt sich die hochgewölbte Rabitzdecke mit Kassettenmuster und großen Oberlichtfenstern. Alle Fenster sind durch dünne eiserne Sprossen künstlerisch gegliedert, und das durchgängig für die Oberlichte verwandte Pyramidalglas ist in zwei Farben gehalten. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Räume des Bahnhofs, bis zu den Kellern hinunter, Tageslicht haben.

Die mit den Zügen Ankommenden sollen sich durch die Ausgänge an den Enden der Querbahnsteighalle verteilen, und zwar sind die preußischen Bahnlinien westlich, die sächsischen werden östlich

Zeugnis in der Regel nicht aufzuzählen. Der Auffassung des Ausstellers ist also ein weiter Spielraum gelassen. Dies darf natürlich nicht dazu führen, das Zeugnis zum unkontrollierbaren Ausdruck der Meinung und des Urteils des Ausstellers zu machen. Das Zeugnis unterliegt vielmehr der Nachprüfung und die in ihm enthaltenen Urteile müssen objektiv begründet sein. Sind sie aber begründet, so kann ihre Entfernung oder Abänderung nicht verlangt werden, weil sie vielleicht den Inhaber des Zeugnisses im Fortkommen hindern. Selbstverständlich müssen tadelnde Urteile im Zeugnis durch schwerwiegende Tatsachen belegt werden können. Die unsachgemäße Ausführung einer oder weniger Arbeiten berechtigt, wenn ihr gute Arbeitsleistungen gegenüberstehen, nicht zu einer herabsetzenden Beurteilung der Leistungsfähigkeit. Und Versäumen der Arbeit oder Fernbleiben von der Arbeit, wenn sie sich nicht häufig wiederholt haben, können ebensowenig wie einmalige Betrunkenheit, Streit mit Mitarbeitern und andres eine schlechte Zensur über Führung rechtfertigen. Der Kündigungsgrund darf im allgemeinen nicht in das Zeugnis aufgenommen werden, auch ist der Unternehmer nicht verpflichtet, zu bescheinigen, daß der Austritt auf Wunsch des Arbeiters erfolgt oder daß von diesem die Kündigung ausgegangen ist.

Ist der Inhalt des Zeugnisses unrichtig und nicht durch Tatsachen zu belegen, oder rechtfertigen die Tatsachen den Inhalt des Zeugnisses nicht, so kann der Arbeiter im Prozeßwege Aenderung des Zeugnisses verlangen. Klagen dieser Art gehören, soweit Gewerbegerichte bestehen, vor diese. Arbeiter können immer vor dem Gewerbegerichte klagen, Werkmeister und andre Betriebsbeamte nur, soweit ihr Gehalt 2000 Mk. jährlich nicht übersteigt.

Ist das Zeugnis unrichtig, so kann der Arbeiter, wenn ihm durch das Zeugnis Schaden erwächst, Ersatz dieses Schadens vom Unternehmer verlangen. Für Prozesse dieser Art gilt das, was oben bei Besprechung der mit geheimen Merkmalen versehenen Zeugnisse über Schadenersatzprozesse gesagt worden ist.

Zum Schluß sei nochmals betont, daß der Unternehmer nur auf ausdrückliches Verlangen des Arbeiters sich im Zeugnis über dessen Leistung und Führung aussprechen darf. Wünscht der Arbeiter nur eine Bescheinigung über die Dauer seiner Beschäftigung, so hat sich der Unternehmer auf die Angabe hierüber zu beschränken.

Neue Gewerkschaftsstrategie.

Immer mehr gewinnt die Maschine Einfluß auf das gesamte gewerbliche Leben und ganz besonders in der Eisenindustrie. R. Woldt berichtet laufend darüber in der „Neuen Zeit" unter der Rubrik: Technisch-wirtschaftliche Rundschau. In der neuesten Rundschau (Nr. 27 der „Neuen Zeit") schreibt er: „In der Industrie sind die Kraftmaschinen die technischen Produktivkräfte. Der technisch-industrielle Fortschritt wird davon abhängig sein, wie weit es gelingt, billige Bewegungsenergie zu erzeugen und die Kraftmaschinen konstruktiv weiter auszubilden. Auch hier herrschen die Gesetze des Rationalismus, die Maschine soll eine hohe Nutzwirkung entfalten, soll billig und betriebssicher arbeiten. Die verschiedenen Betriebssysteme werden miteinander in Wettbewerb gestellt."

Nun gehört zur Bedienung der Maschinen ein nicht minder intelligentes Arbeiterpersonal, wie zur handwerksmäßigen Tätigkeit, ja, diese führt in fast allen Berufe, mit wenigen Ausnahmen, mitunter mehr zum Stumpfsinn, als die Bedienung einer Maschine. Aber auch auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Aktion ist das von Einfluß, und läßt sich R. Woldt treffend wie folgt darüber aus:

„Diese technischen Umwandlungen werden nicht ohne Einfluß auch auf die gewerkschaftliche Aktion bleiben. Es ist in zünftigen Betriebsleiterkreisen das Bestreben erkennbar, den Begriff der Sabotage zu erklären und darunter alle Betriebsstörungen zu verstehen, die im modernen maschinenmäßigen Betrieb der Streik zur Folge hat. Aktuell ist das Thema durch einen Streik der Maschinisten der Dortmunder Union geworden.

Die Maschinisten und Heizer hatten in diesem Hüttenwerk einen Streik beschlossen. Sie hatten, wie es ihr gutes Recht ist, den Zeitpunkt der Arbeitsniederlegung selbst gewählt. Der Beschluß ging dahin, an einem bestimmten Tage eine Stunde nach Anfang der Arbeitszeit die Maschinen zu „stoppen", den Betrieb stillzulegen. Der Beschluß wurde auch ausgeführt und bei dieser Betriebsunterbrechung ist bedauerlicherweise auch ein Arbeiter verunglückt. Außerdem hat natürlich dieser plötzliche Arbeitsstillstand die Unternehmer in schwere Verlegenheit gebracht. Ein paar der „Streiker" wurden nun als Angeklagte vor das Dortmunder Landgericht geschleppt. Es war eine Art Sabotageprozeß. Die Zeitschrift „Der Maschinist und Heizer" konnte jedoch mit Befriedigung konstatieren, daß diese Verhandlung eine zusammengebrochene „große Aktion" geworden ist. Den Arbeitern konnte nicht nachgewiesen werden, daß sie die ihnen anvertrauten Maschinen leichtsinnig bedient haben. Im Gegenteil wurde festgestellt, daß die beteiligten Maschinisten vor dem plötzlichen Stillsetzen der Maschinen umsichtig und pflichtgetreu alle Bedingungen zu erfüllen suchten, um Unglücksfälle und mutwilligen Materialschaden zu vermeiden. Diese Aktion hat im Gegenteil ein Muster gewerkschaftlicher Disziplin gegeben.

Der Fall ist aber noch aus einem andern Grunde äußerst interessant. Er zeigt, daß wohl die Hüttenwerke Betriebe mit kunstvoll durchgebildeter Maschinenwirtschaft geworden sind, daß aber dieser Vorteil für die gewerkschaftliche Aktion nun leicht in sein Gegenteil umschlägt. Vom maschinentechnischen Fortschritt im Hüttenwerk hat im letzten Jahre Professor Schlesinger-Charlottenburg folgende Charakteristik gegeben: „Der Arbeitsdurchgang in modern eingerichteten Stahlwerken ist in den letzten sechs Jahren in bezug auf den Hebedienst in einer Weise umgewandelt worden, wie es in ähnlicher Weise bei keinem andern Arbeitszweig zu verzeichnen ist. . . . Das Ineinandergreifen der Hebezeuge vom flüssigen Eisen des Konventers bis zur fertigen Ware des Walzwerkes ist so geregelt, daß die Menschenhand nirgends in direkte Berührung mit dem zu befördernden Gute zu kommen braucht. Die Krane reichen sich hier gewissermaßen die Hände. Der wirtschaftliche Einfluß ist sehr erheblich."

Die Hütteningenieure haben also gesucht, den Betrieb maschinenmäßig so auszubilden, daß billig fabriziert werden kann. Das Werk ist aber nun wegen seiner Empfindlichkeit um so leichter zum Stillstand zu bringen. Der Gewerkschaftsstratege muß also sein Augenmerk vor allem auf einen Punkt des Betriebes lenken, auf die „empfindlichste Stelle". **So wird der moderne Gewerkschaftskampf zu einer Strategie**; es kommt darauf an, die schwachen Stellen der industriellen Festung auszuspüren, um den Betrieb lahmlegen zu können. Nicht nur im Hüttenwerk, sondern auch in der modernen Maschinenfabrik, auf der Werft, im elektrotechnischen Fabrikationsunternehmen zeigen sich die gleichen Konsequenzen der modernen Fabrikorganisation für den Gewerkschaftskampf: Gelingt es, an der „empfindlichsten Stelle" die Menschen, die schwer ersetzt werden können, herauszuholen, dann stockt der ganze kunstvolle Arbeitsdurchgang.

angeordnet. Wer aus der Stadt kommt, geht geradewegs auf die Front des Hauptbahnhofs zu, wo sich die beiden Eingangshallen befinden. Ueber der großen Lichtquelle des mit Windfängen versehenen Eingangs wölbt sich eine schöne Kassettendecke mit teleskopartig gestalteten Oktogonen.

Eine glückliche Anordnung ist der 100 Meter lange und 12½ Meter breite Gepäcktunnel, der sich — mit vielen Gelegenheiten zum Anfahren von außen — unter den runden Ausbuchtungen des Mittelbaues zwischen den beiden Eingangshallen hinzieht. Die Decke des Tunnels liegt zwei Meter höher als die links daneben befindlichen Gepäckräume. Diese zwei Meter kommen in den darüber befindlichen Warte- und Speisesälen wieder vorteilhaft zur Geltung. Sie bedingen dort eine terrassenförmige Gestaltung. Dadurch wird in diese sonst immer so monotonen Räume ein angenehm belebendes Element hineingebracht. Die Wartesäle bieten freien Ausblick auf eine der schönsten Partien der Stadt. Bemerkenswert ist auch, daß die Bahnhofsküche über die Wirtschaftsräume ins Dachgeschoß verlegt ist.

Neben jeder Eingangshalle sind genügende Räume für Kassen- und Abrechnungsstellen, für die Post, für die Polizei, für Telephonzellen, für den Friseur, für Badegelegenheiten, für den Bahnhofsbuchhändler usw. angebracht. Nicht zu vergessen den elektrischen Aufzug für diejenigen, die die 24 Stufen zur Querbahnsteighalle nicht zu ersteigen vermögen. In der Eingangshalle selbst sieht man nur die aus Eichenholz gezimmerten Fahrkartenschalter, und oben unter der Deckenwölbung einige große elektrische Leuchtkörper. Auch die Querbahnsteighalle bleibt vor allem nicht zum Bahnbetriebe unbedingt notwendigen Einbauten bewahrt. Ferner ist für Wartesäle ohne Restaurationsbetrieb, für Wasch- und Toilettenräume hinreichend gesorgt. Desgleichen für Schlaf-, Wasch- und sonstige Aufenthaltsräume für das Bahnhofs- und Zugspersonal. Der eigenartige Charakter dieses Zwillingsbahnhofes hat es mit sich gebracht, daß auf jeder Seite ungefähr 100 Leute, darunter eine ganze Anzahl Familien, ständig darin wohnen. In der preußischen Ausgangshalle befindet sich außerdem ein Konferenzzimmer, in die sächsische kommt der — Fürstensalon.

So ist der neue Leipziger Hauptbahnhof zweckmäßig und übersichtlich eingerichtet. Techniker und Architekt haben sich hier zu gemeinschaftlichem Werk die Hand gereicht.

Einfuhrzölle für Steinprodukte in Holland.

Bisher war es der deutschen Steinindustrie möglich, nach Holland große Steinmengen zollfrei liefern zu können. Der neue Zolltarif sieht nun ganz ansehnliche Zollsätze vor, wie Nachstehendes beweist:

Nr.	Gegenstand	Maßstab	Zoll neuer Entwurf Gulden	Zoll alter Tarif Gulden
165	Marmor, Hartstein, Granit, Sandstein und andere natürliche Steine: a) unbearbeitet, auch gesägte, oder roh behauene Blöcke, Platten und Straßensteine; b) Platten oder Blöcke, geschliffen, poliert, abgedreht oder auf andere Weise bearbeitet, nicht besonders genannt . .	vom Wert	6%	frei
166	Steine, bearbeitet zu Spülsteinen, Waschtrögen, Waschbecken, Klosetts, Klosettrichtern, Gegenständen für bauliche Verzierungen und zu anderen derartigen Gegenständen, nicht besonders genannt, die Teile von Baulichkeiten darstellen . .	vom Wert	10%	frei
167	Grabsteine, Grabdenkmäler und andere Gegenstände aus Stein, nicht besonders genannt	vom Wert	12%	frei
168	Schleif- und Wetzsteine	—	frei	frei
169	Mühlensteine: a) aus Kunststein	vom Wert	3%	frei
	b) andere	—	frei	frei

Von großem Glück muß gesprochen werden, daß die Produkte unter Nr. 165a auch in Zukunft zollfrei nach Holland eingeführt werden können. Würde dafür ein Einfuhrzoll erhoben, die Basalt- und Grauwackeindustrie im Rheinland würde dadurch eminent geschädigt werden. — Die Basalt-Aktiengesellschaft in Linz am Rhein liefert nämlich große Quanten Pflastersteine nach Holland, und da kommt jener Firma die fernere Zollfreiheit sehr zustatten.

Weniger angenehm werden vom neuen Zolltarif die Grabsteinlieferanten berührt sein. — Von den rheinischen Städten aus wurde mit Grabsteinen ein schwunghafter Handel nach Holland betrieben. In Zukunft wird dieses Geschäft sehr erschwert werden. — Holland hat mit seinen Zollsätzen nur das nachgemacht, was im Jahre 1902 Deutschland den anderen Staaten vordemonstriert hat.

Eine Interpellation im bayrischen Landtage betreffend Verwendung von Granit.

In der Sitzung des bayrischen Landtags vom 20. April interpellierte der Abg. Schubert (lib.) die Regierung betreffs der Eingabe, welche die Granitindustriellen des Fichtelgebirges an die Regierung gerichtet hatten, in der u. a. auf die bekannten Schädigungen dieser Industrie infolge der neuen Friedhofsverordnungen zahlreicher Städte hingewiesen worden war und die gleiche Berücksichtigung des Granits wie der andern Gesteine bei Ausführung von Bauarbeiten und Denkmälern gefordert wurde. Der Abg. Schubert führte folgendes aus: „Im Fichtelgebirge hat sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts eine bedeutende Granitindustrie entwickelt, in der große Kapitalien festgelegt sind und die zahlreichen Beamten und Arbeitern Verdienst gibt. Seit mehr als zehn Jahren macht sich nun eine Bewegung geltend, die der Granitindustrie gefährlich zu werden droht. Die moderne Kunstrichtung verlangt Anpassung an die Natur und nimmt deshalb Umgang von der Verwendung dieses Gesteins. In München wurden Bestimmungen erlassen, welche den Granit von der Verwendung zu Grabdenkmälern nahezu ausschließen. Die Behauptung, daß der Granit kein taugliches Material zu Denkmälern gebe, ist unbegründet. Von der Gewerbeschau, die heuer in München abgehalten wird, erhoffen die beteiligten Kreise einen Aufschwung der Granitindustrie. Der Verband der Granitindustriellen will dort den Behörden durch eine reiche und wohlgeordnete Ausstellung zeigen, wie falsch die Behauptung ist, daß der polierte Granit ungeeignet sei zur Verwendung künstlerischer Zwecke, ferner daß die Beschuldigung unhaltbar ist, daß die Granitschleifereien des Fichtelgebirgs unfähig seien, künstlerischen Anforderungen zu entsprechen. Der Verband hat sich wohl auch im Auslande um ein Absatzgebiet umgesehen, allein bei der Eigenart des Geschäfts, der außerordentlichen Schwere der Ware, der großen Ausgaben für Frachten und Zölle und den nach jeder Seite hohen Unkosten war ein Erfolg nicht zu erzielen. Dazu kommt die Konkurrenz des Betons. Der Verband der Granitindustriellen hat die Staatsregierung in einer Eingabe gebeten, dahin zu wirken, daß von den Behörden bei der Ausführung von Bauarbeiten und Denkmälern der Granit, auch der polierte, in gleicher Weise berücksichtigt wird wie das übrige Gestein. Der Verband hat zur Regierung das Vertrauen, daß sie mithelfen wird, die Granitindustrie des Fichtelgebirgs, die jede staatliche Unterstützung verdient, wieder zu einer gewissen Blüte zu bringen und damit die Existenz einer großen Zahl tüchtiger Arbeiter zu sichern."

Der Regierungskommissar Ministerialdirektor v. Meinel hat diese Interpellation in der nächsten Sitzung des Landtags wie folgt beantwortet: „Die vom Abg. Schubert vertretenen Klagen der bayrischen Granitindustrie, besonders im Fichtelgebirge, sind uns nicht neu. Der Rückgang ist hier zurückzuführen auf eine Geschmacksänderung, die schwer zu beeinflussen ist. Wir haben aber in Verfolgung einer Petition das Ministerium des Innern gebeten, bei Staatsaufträgen die Granitindustrie möglichst zu berücksichtigen und auch die Frage der Friedhofsordnungen zu prüfen. Allein das Ministerium des Innern hat darauf hingewiesen, daß bei den wachsenden Kosten der Staatsbauten Sparsamkeit ein dringendes Gebot sei, daß Granit eben doch teurer komme als Kunststein oder Beton. Man wünscht, die schwedischen schwarzen Granitsteine mit Golddruck, die unleugbar einen etwas unkünstlerischen Eindruck machen, auf den Friedhöfen verschwinden zu sehen. Die Industrie wird sich am besten selbst bestreben, den künstlerischen Anforderungen hier Rechnung zu tragen, und es wurden bereits entscheidende Schritte eingeleitet. Der Verband deutscher Granitschleifereien hat ein Preisausschreiben für künstlerische Granitdenkmäler ergehen lassen. Der Erfolg war gut, 42 Entwürfe wurden angekauft. Die große Probe, ob die Anforderungen der Kunst und die Wünsche der Granitindustrie sich vereinigen lassen, wird die Gewerbeschau liefern. Die Regierung wird erfreut sein, wenn die Ausstellung von recht reichem Segen für die Granitindustrie sein sollte."

Die Arbeiter in den Granitschleifereien haben ein großes Interesse daran, daß die Friedhofsbestimmungen bedeutend gemildert werden. So kann es ja nun nicht gehen, daß einzelne Gemeindeverwaltungen ohne weiteres den polierten Granit auf den Friedhöfen fernhalten. Das spröde Gestein läßt sich sehr wohl in künstlerische Formen bringen, und es ist durchaus anzuerkennen, daß es genügend Firmen gibt, welche alles daran setzen, um künstlerische Entwürfe anfertigen zu lassen. Wir verweisen auf die Bestrebungen der Schleifereien des Fichtelgebirges, die Granitwerke des Bayrischen Waldes, die Marmorwerke in Schlesien usw.

Auf das Vorgehen einiger Friedhofsverwaltungen gegenüber dem polierten Granit kommen wir demnächst eingehend zu sprechen.

Steinausschreibungen.

Umfangreiche Steinausschreibungen sind in den letzten Tagen wieder vorgenommen worden, wie nachstehende Aufstellung zeigt:

Bürgermeisteramt Dormagen, Regierungsbezirk Düsseldorf. Für die Gemeinde Hackenbroich. 128 Kubikmeter Basaltkleinschlag.

Königliche Eisenbahnbauabteilung in Bochum. 130 Waggon Packlagesteine und 40 Waggon Steinschotter aus hartem Ruhrkohlensandstein.

Großherzogliches Hochbauamt in Darmstadt. Steinhauerarbeiten aus rotem Sandstein zur Herstellung der Einfriedigungsmauer des Turnhallengrundstücks in der Soderstraße zu Darmstadt.

Großherzoglich badische Eisenbahnbauabteilung in Weinheim a. d. B. Steinhauerarbeiten für einen Güterschuppen.

Gemeinderat in Ladenburg, Baden. Steinhauerarbeiten für den Neubau des Direktorwohnhauses der Realschule.

Magistrat in Neukölln. Steinsetzerarbeiter zur Neupflasterung der Pannierstraße zwischen Weser- und Pflügerstraße: 614 Meter Granitbordschwellen, 24 Stück Bogenbordschwellen, 5224 Quadratmeter Dammpflaster aus schwedischen Granitreihensteinen zweiter Klasse auf Pack- und Schüttlage einschließlich Materiallieferung.

Königliches Eisenbahnbetriebsamt III in Magdeburg. 820 Kubikmeter Kopfpflastersteine in drei Losen.

Landesbauamt in Saarbrücken. 1960 Quadratmeter Basaltkleinpflastersteine sowie 960 Quadratmeter Kleinpflastersteine.

Hochbauamt in Frankfurt a. M. Sandsteinlieferung (roter Mainsandstein) und Basaltlieferung für den Erweiterungsbau der Schule in Frankfurt-Heddernheim.

Königliches Militärbauamt in Bautzen. Granitarbeiten für die Offizierspeiseanstalt der Artilleriekaserne Bautzen.

Königliche Eisenbahnbauabteilung in Bochum. 800 laufende Meter Bordsteine aus Basaltlava oder Grünstein, 30 × 20.

Hochbauamt in Leipzig. Steinsetzarbeiten für den Erweiterungsbau der 37. Bezirksschule in L.-Möckern.

Königliche Eisenbahnbauabteilung II in Dirschau. 1716 Tonnen Reihensteine vierter Klasse und 206 Tonnen Kleinpflastersteine aus bestem Granit.

Stadtbauamt in Rendsburg. Für den Ausbau von fünf Straßen östlich und südlich der Stadt: Lieferung I: 3630 laufende Meter Granitbordsteine und 1430 Quadratmeter Reihensteine zweiter Klasse; Lieferung II: 1000 Kubikmeter Packlage.

Finanzdeputation in Hamburg. 5000 Kubikmeter Reihenpflastersteine, 2000 Quadratmeter Brückensteine, 500 Kubikmeter Streckschichtsteine, 6000 Kubikmeter Reihensteine dritter Klasse, 5000 Kubikmeter Kleinpflastersteine, 14 000 Meter 36-cm-Kantensteine und 16 000 Quadratmeter Sandsteinplatten für das Ingenieurwesen der Baudeputation.

Baudirektion im königlichen Ministerium des Innern in Dresden. Sandstein- und Granitarbeiten für die königliche Landesanstalt Sonnenstein.

Königliches Straßen- und Wasserbauamt in Dresden. Anlieferung von Steinen (Basalt- und Grünstein) zur Unterhaltung der Staatsstraßen auf die Jahre 1913/17.

Königliches Eisenbahnbetriebsamt II in Hagen i. W. L. I. Maurer-, Steinhauer- und Eisenarbeiten zu einem Empfangs- und Nebengebäude a) auf Bahnhof Ambrock, b) auf Bahnhof Dahlerbrück.

Stadtbauamt in Kassel. Zum Neubau einer Knabenschule im Stadtteile Bettenhausen: L. II. Steinhauerarbeiten (Sandstein), 210 Kubikmeter, 390 Quadratmeter Verblendung.

Königliches Eisenbahnbetriebsamt in Hersfeld. Arbeiten und Lieferungen für den Umbau der festen Rampe auf Bahnhof Bebra in zwei Losen. Los 1: Abbruchs-, Erd- und Maurerarbeiten; Los 2: Pflasterarbeiten (2100 Quadratmeter Basaltreihenpflaster).

Königliches Eisenbahnbetriebsamt in Berlin NW. 40, Invalidenstraße 51. Pflastersteinarbeiten und Lieferungen zur Regulierung der Bürgersteige an der Ludwig-Lehmann-Straße.

Wir müssen schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß die Stadt Neukölln schwedisches Material vorschreibt. Hoffentlich läßt die Bauverwaltung auch deutsche Angebote zu, wie es eigentlich als selbstverständlich betrachtet werden sollte. Im übrigen zeigt es sich, daß der Steinmarkt sehr belebt ist, besnders erfreulich ist es, daß in der Sandsteinbranche umfangreiche Bestellungen vorliegen.

Literarisches.

Dr. B. Lindemann, Die Erde. Eine allgemeinverständliche Geologie. Band 2: Geologie der deutschen Landschaften. Lieferung 1. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. 80 Pfg.) In dem jetzt folgenden 2. Bande, eben der Geologie der deutschen Landschaften, wird Dr. Lindemann eine geologische „Provinz" des Deutschen Reiches nach der andern durchnehmen und auf Grund eines glänzenden Illustrationsmaterials dem Naturfreunde die Augen über die Ursachen der Bodenformation öffnen. — Die vorliegende 1. Lieferung zeigt, daß Dr. Lindemann es versteht, dieses schwierige Programm in mustergültiger Weise zu lösen. Er beginnt mit einer Einleitung über Deutschlands geologische Provinzen, indem er erzählt, wie Deutschland nach seiner Boden-Geologie einzuteilen ist und dies mit trefflichen Bildern dokumentiert. Die Geologie der deutschen Landschaften erscheint in 10 Lieferungen, die trotz ihrer guten Ausstattung nur je 80 Pfg. kosten.

Neuzeitliche Friedhof- und Grabmalkunst, herausgegeben im Auftrage der Dürer-Gesellschaft zu Stettin von Th. G. Thiele. Verlag Otto Baumgärtel, Berlin. Preis 6 Mk. In Stettin fand voriges Jahr eine Ausstellung für Friedhofskunst statt. Was zur Schau kam, muß größtenteils im zustimmenden Sinne kommentiert werden. Besonders harmonisch wirkt das Denkmal Nr. 8, entworfen vom Architekten Küsthardt, Hildesheim. Material: Rochlitzer Porphyr. Küsthardt ist wohl einer der neuzeitlichsten Friedhofsarchitekten. Der Rochlitzer Porphyr eignet sich geradezu vorzüglich für Grabmonumente. Es lassen sich an diesem Material Profilierung und bildnerischer Schmuck mit Leichtigkeit anbringen. Von bekannten Firmen waren folgende vertreten: Auerswald, Lohmen, Jagdmann, Stettin, Deutsche Steinwerke, Eltmann, Kerber, Büchlberg, Michels, Görlitz, Hofer, München usw. Solche Friedhofskunstausstellungen haben nach unsrer Ansicht einen sehr großen Wert, und das Wagnersche Zitat hat vollauf seine Gültigkeit: „Die bedingende Kraft für ein Kunstwerk ist das Volk." Aus dieser Neubelebung in den letzten Jahren wird sicherlich das Steinmetzhandwerk ebenfalls profitieren. Der Baumgärtelsche Verlag hat das Buch geradezu mustergültig ausgestattet.